



**CONSIGLIO REGIONALE DEL TRENINO-ALTO ADIGE  
REGIONALRAT TRENINO-SÜDTIROL**

Atti Consiliari  
Sitzungsberichte des Regionalrates

IX Legislatura - IX Gesetzgebungsperiode  
1983 - 1988

SEDUTA **50.** SITZUNG

28.11.1985

## INDICE

**Disegno di legge-voto n. 1:**  
"Istituzione in Bolzano di una sezione del Tribunale per i minorenni e composizione della sezione della Corte d'Appello di Trento per i minorenni", presentato dalla Giunta regionale

pag. 2

**Interrogazioni e Interpellanze**

pag. 67

## INHALTSANGABE

**Begehrensgesetzentwurf Nr. 1:**  
"Errichtung einer Sektion des Jugendgerichtes in Bozen und Zusammensetzung der Sektion des Oberlandesgerichtes Trient für die Jugendlichen", eingebracht vom Regionalausschuß

Seite 2

**Anfragen und Interpellationen**

Seite 67

INDICE DEGLI ORATORI INTERVENUTI  
VERZEICHNIS DER REDNER

LANGER (Lista Alternativa Lista Verde/ Alternative Liste Grüne Liste)	pag. 2-27-37-44-48- 51-53-55-64
PETERLINI (Südtiroler Volkspartei)	" 16-36
a BECCARA (Democrazia Cristiana)	" 24-46-52
KLOTZ (Südtirol)	" 29-50-59
FERRETTI (Democrazia Cristiana)	" 31
MONTALI (Movimento Sociale Italiano-Destra Nazionale)	" 33-45
BENEDIKTER (Südtiroler Volkspartei)	" 50-61-63
MARZARI (Sinistra Indipendente)	" 52-53
TONELLI (Gruppo Misto)	" 58
BINELLI (Unione Autonomista Trentino Tirolese- Stella Alpina)	" 60
MERANER (Südtirol)	" 62
MITOLO (Movimento Sociale Italiano-Destra Nazionale)	" 63

Presidenza del Presidente Sembenotti

(Ore 9.47)

PRESIDENTE: Prego procedere con l'appello nominale.

TOMAZZONI (segretario):(fa l'appello nominale)

PRESIDENTE: La seduta è aperta.

Comunico che hanno giustificato la loro assenza i consiglieri Rella, von Egen, Andreoli e Gebert, mentre per la seconda parte della seduta si giustifica il cons. Crespi e il cons. Pahl per il ritardo.

Procediamo con la lettura del processo verbale della seduta 21 novembre 1985.

TOMAZZONI (segretario):(legge il processo verbale)

PRESIDENTE: Ci sono osservazioni al processo verbale? Nessuna, il processo verbale si intende approvato.

Signori consiglieri, in data 23 novembre 1985 è deceduto, all'età di 70 anni il cav. Isidoro Trentin. Egli è stato consigliere regionale nella terza legislatura dal 13 dicembre 1956 al 12 dicembre 1960. Durante la sua permanenza sui banchi del Consiglio si è sempre dimostrato uomo serio ed impegnato e ha rivolto particolarmente la sua attenzione, la sua attività e il suo interessamento con entusiasmo alla problematica del mondo agricolo e giovanile, del quale è sempre stato valido interprete.

Alla famiglia esprimo il mio personale cordoglio e di tutta l'Assemblea.

(Il Consiglio osserva un minuto di silenzio)

PRESIDENTE: In data 21 novembre 1985 è stata presentata dai consiglieri regionali Franceschini, Langer e Tribus la mozione n. 13 relativa all'opportunità che la Regione Trentino-Alto Adige aderisca all'iniziativa in corso a livello internazionale per un "gemellaggio" con le città giapponesi di Hiroshima e Nagasaki.

In data 25 novembre 1985 la Giunta regionale ha presentato il disegno di legge n. 36: "Disposizioni trasitorie nell'attesa della riforma delle Unità Sanitarie Locali".

In data 23 novembre 1985 è giunta comunicazione che la dott.ssa Claudia Piccoli Rensi ha rassegnato le dimissioni dalla carica di segretario-questore dell'Ufficio di Presidenza del Consiglio regionale. L'argomento sarà posto all'ordine del giorno della prossima seduta.

I consiglieri Langer, Tribus e Franceschini hanno presentato l'interrogazione n. 59 riguardante la distribuzione del volume: "Manuale dell'amministratore comunale nella Regione Trentino-Alto Adige" ai consiglieri comunali.

Il testo dell'interrogazione e la relativa risposta scritta faranno parte integrante del resoconto stenografico della presente seduta.

Iniziamo con la trattazione del punto 24) dell'ordine del giorno: Disegno di legge-voto n. 1: "Istituzione in Bolzano di una sezione del Tribunale per i minorenni e composizione della sezione della Corte d'Appello di Trento per i minorenni", presentato dalla Giunta regionale.

Su questo punto sono già state lette le relazioni e pertanto continuiamo con la discussione generale.

Chi chiede di intervenire? Il cons. Langer, ne ha facoltà.

LANGER:Herr Präsident! Kolleginnen und Kollegen! Der Regionalrat befaßt sich jetzt zum zweiten Mal damit, dem Parlament einen Begehrgesetzentwurf zu unterbreiten, mit dem die Errichtung einer Sektion des Jugendgerichts in Bozen und einer entsprechenden Sektion des Oberlandesgerichts Trient für Jugendliche erreicht werden soll. Der vergangene Gesetzentwurf, wie im Bericht schon gesagt wurde, ist praktisch also an der vorzeitigen Auflösung des Parlaments, bzw. an der Verschleppungstaktik im Parlament gescheitert.

Erlauben Sie, daß ich namens unserer Fraktion einige Erwägungen zu diesem Thema vorbringe und unsere Position, bzw. unsere Vorbehalte und Bedenken zu diesem Gesetzentwurf dabei auch erläutere. Ich glaube, daß es eine unbestrittene Notwendigkeit ist und jedenfalls auch unsererseits, daß sich an der Situation des Jugendgerichtes sehr drastisch und radikal etwas ändern muß.

Derzeit ist es so - wie bekannt - daß das Jugendgericht nur in Trient besteht, daß damit also die Jugendlichen aus Südtirol, die mit der Justiz in Konflikt kommen, erstens sowieso außerhalb ihres Wohngebietes vor Gericht gestellt und eventuell abgeurteilt werden und damit natürlich die besonderen Garantien für den Minderheitenschutz, im

besonderen das Recht auf Sprache und ähnliches auch in dem Ausmaß wie es bereits zugesichert ist, übersehen werden; zweitens, daß uns die geltenden Gesetze, also seit 1960, das Recht und die Möglichkeit geben, unsere Muttersprache vor Gericht zu gebrauchen und daß es auch sehr stark vom Willen und der Standhaftigkeit der einzelnen abhängt, ob sie das auch tatsächlich in Anspruch nehmen, diese Garantien sind heute praktisch weitgehend dadurch zunichte gemacht, daß die Verhandlungen in Trient stattfinden.

Nun ist es natürlich wahr, daß die Jugendlichen das Recht auf einen Dolmetscher vor dem Jugendgericht haben und daß sie also insofern auch die Möglichkeit haben, in ihrer Sprache zu sprechen, aber daß jedenfalls das ganze Verfahren sprachlich und vielleicht auch mentalitätsmäßig diesen Jugendlichen, insofern sie im besonderen aus Südtirol stammen und deutscher oder ladinischer Muttersprache sind, relativ fern steht. Dazu kommt, wie zurecht auch erwähnt, oder von anderen auch geltend gemacht worden ist, daß die Anfahrt zum Jugendgericht für beispielsweise die beschuldigten Jugendlichen selbst, soweit sie nicht in Haft sind, für die Angehörigen, möglicherweise für die Verteidiger, Sozialpfleger und andere Beteiligte am Verfahren unter Umständen mühevoll und weit ist, obwohl man da natürlich sagen muß, daß es ähnliche vergleichbare Fälle auch anderswo gibt, beispielsweise denken wir an die großen, an bestimmte große Regionen Italiens wie die Lombardei, Piemont oder die Toscana oder Sizilien oder ähnliche oder vielleicht auch vergleichbare Fälle im Ausland, wo die Anfahrt zu einem Gericht, insbesondere zu einem höheren Gericht oft genauso kompliziert, genauso weit ist.

Wir haben deswegen uns bemüht zum vorliegenden Gesetzentwurf eine Reihe von Überlegungen anzustellen, wie man mit diesem Problem fertig werden könnte und zwar möchten wir das Problem also nicht nur als ein Problem des Jugendgerichtes sehen, sondern damit im Zusammenhang auch die anderen Fragen des Strafvollzugs für Jugendliche, denn nicht nur kein Jugendgericht gibt es derzeit in Südtirol, das auf die besonderen Bedürfnisse der deutschsprachigen Jugendlichen Rücksicht nimmt, sondern es gibt auch keine Strafanstalt, es gibt auch in Trient keine Strafanstalt für Jugendliche und deshalb ist momentan das Problem des Strafvollzugs ein nicht weniger schwerwiegenderes Problem und ich möchte gleich die Regionalregierung darauf hinweisen, daß die vorige Regionalregierung in der letzten Legislaturperiode diesbezüglich zugesichert hatte, daß sie das Problem einer Jugendstrafanstalt ins Auge fassen würde, daß aber diesbezüglich, glaube ich, nichts passiert ist

und ich glaube daß es leichter wäre, daß es also mit weniger Aufwand, mit weniger gesetzlichen Schwierigkeiten verbunden wäre, das Problem einer Haftanstalt in der Region zu lösen, als beispielsweise das Problem einer besonderen Sektion bei Gericht.

Dieses, an sich kleineres Problem, ist jetzt auch noch nicht gelöst und sowenig wir uns die Lösung der Probleme der Jugendkriminalität eben von der Richtung repressiver Institutionen erwarten, so müssen wir doch sagen, daß es für Jugendliche im besonderen aus Südtirol, also besonders unangenehm ist, besonders schwierig ist, z.B. ihre Haft etwa in Treviso oder Venedig oder so irgendwo verbringen zu müssen, wo sie nicht nur sprachlich praktisch isoliert sind, sondern wo sie....

Es wird hier ein Abänderungsantrag verteilt völlig ohne Unterschrift. Herr Präsident, ich möchte bitten, daß bevor Sie Abänderungsanträge verteilen lassen, feststellen ob eine Unterschrift darunter liegt. Es wäre interessant für die Abgeordneten zu wissen, von wem ein Antrag kommt; ich entschuldige mich für diese Klammer, für diese Unterbre- chung.

Ich komme also zurück, daß also ein Problem das so dringend einer Lösung bedarf, das mit diesem Gesetzentwurf noch nicht erörtert wird, ist eben das Problem des Strafvollzugs für Jugendliche, denn ein Strafvollzug in Jugendgefängnissen außerhalb Südtirols bedeutet für alle Jugendlichen sowieso eine Entwurzelung und eine schwere Belastung und für Jugendliche deutscher oder ladinischer Muttersprache im besonderen auch die sprachliche Isolierung, die Schwierigkeit, beispielsweise auch nur in einer Bibliothek der Haftanstalt Literatur oder auch Periodica in der Muttersprache zu finden, bedeutet eine weitere Erschwernis im Besuch, bedeutet jedenfalls eine größere Isolierung, die dem angeblichen Zweck des Jugendstrafvoll- zuges also nicht gerecht werden kann, der ja die Resozialisierung sein sollte, bzw. die möglichst schnelle Wiedereingliederung in ein Gemeinschaftsleben, der vor zukünftiger Kriminalität schützen sollte.

Daher möchte ich nocheinmal darauf hinweisen, daß unserer Meinung nach das schwerwiegendste Problem, heute das dringendste Problem in der Durchführung des Strafvollzugs liegt, noch mehr als in der Durchführung der Gerichtsverhandlung, weil wie gesagt bei der Gerichtsver- handlung auch unter den gegebenen Umständen jeder Jugendliche, jeder Zeuge das Recht hat, vor Gericht einen Dolmetscher zu beanspruchen und zwar nicht nur wenn er deutsch spricht, aber auch z.B. Ladiner, die weder der deutschen noch der italienischen Sprache mächtig

sind, können auf Grund der geltenden italienischen Bestimmungen zur Strafprozeßordnung hier und anderswo einen Dolmetscher beanspruchen, genauso wie das ein meinetwegen ein beschuldigter türkischer oder bulgarischer oder anderer Muttersprache tun kann, wie er ja auch aus der Prozeßpraxis her bekannt ist, d.h. der Angeklagte, jeder Zeuge hat das Recht, vom Gericht verstanden zu werden und wenn das nicht anders geht, dann eben mit Hilfe eines Dolmetschers.

Also ich möchte die Regionalregierung auch ausdrücklich ersuchen zu diesem Problem des Jugendstrafvollzugs Stellung zu nehmen in der Replik, die sie am Schluß geben wird.

Aber kommen wir zurück zum Gericht. Wir haben in der letzten Legislatur bei der Diskussion in diesem Hause vom damaligen Regionalassessor Messner - wenn ich mich nicht falsch erinnere - eine Reihe von Ziffern gehört, aus denen beispielsweise hervorgeht, daß die Straffälligkeit bei Jugendlichen am Proporz gemessen unter deutschsprachigen Jugendlichen sogar etwas höher ist als unter italienischsprachigen Jugendlichen Südtirols, was uns u.a. auch zu Denken geben müßte, weil doch bekannt ist, daß die deutschsprachigen Jugendlichen im großen und ganzen stärker im ländlichen, also überproportional im ländlichen Bereich leben und die italienischsprachige Jugend überproportional im städtischen Bereich lebt. Wenn im ländlichen Bereich, in dem normalerweise die Kriminalität unterproportional vorkommt, bei uns in Südtirol solche Zahlen nachzuweisen sind, dann läßt das doch auf eine bedenkliche soziale Unangepaßtheit schließen, auf bedenkliche soziale Spannungen, die sich offensichtlich eben auch durch Gesetzesübertretungen manifestieren und mir scheint das also kein geringes Problem zu sein, weil es darauf hinweist, daß in der angeblich so heilen Welt doch vieles nicht stimmt.

Aber kommen wir jetzt konkret zum Jugendgericht. Was ist hier als Alternative oder als Neuerung vorgesehen? Vorgesehen ist das Abweichen von den gesamtitalienisch geltenden Bestimmungen über die Ordnung des Gerichtswesens, eine Sektion des Jugendgerichts, das ja bekanntlich bei den Oberlandesgerichten besteht, auch in Südtirol, auch in Bozen errichtet werden kann. Wir haben uns eingehend mit der Frage befaßt, im Besonderen hat sich auch unsere inzwischen verstorbene Kollegin Emeri mit dieser Frage intensiv befaßt, weil sie der Meinung war, daß es relativ schwierig sein dürfte, daß vom Ministerium her und somit vom Zentralstaat eine solche Verdoppelung von Jugendgerichten genehmigt wird, einfach deswegen weil es sonst in ganz Italien noch eine ganze Reihe von anderen Provinzen, insbesondere in größeren Regionen mit



wenigen Appellationsgerichtshöfen, die Tendenz geben könnte, andere Jugendgerichte zu beantragen, und vom Ministerium her ist - wie Ihnen ja bekannt sein dürfte - mehrmals insbesondere der Kostenpunkt geltend gemacht worden. Es sind also noch in jüngster Zeit Presseerklärungen und Interviews des Justizministers, auch des Justizministers Martinazolli, des derzeit amtierenden Ministers bekannt- geworden, daß ein zweites Jugendgericht aus finanziellen Gründen nicht in Frage käme. Wir haben deswegen auch die Möglichkeit in Betracht gezogen, den Vorschlag zu machen, das ganze Jugendgericht von Trient nach Bozen zu verlegen, d.h. das Gericht nicht zu teilen, das natürlich bedeuten würde den Trentinern das zuzumuten, was bisher den Südtirolern zugemutet wurde, d.h. sich also in die Nachbarprovinz zu begeben und wir möchten diese Anregung als eventuelle Reservelösung hier jedenfalls auch anbieten, ohne daß wir sie in Abänderungsanträge kleiden, aber es könnte der Regierung vielleicht in passender Form, oder über die Parlamentsfraktionen ein Hinweis gegeben werden, denn, wenn der Staat nicht bereit wäre, das Gericht zu verdoppeln und damit ja für die Trentiner Jugendlichen außer der materiellen Erschwernis keine besonderen, also kein minderer Rechtsschutz garantiert wäre, wenn sie sich nach Bozen begeben müßten zu den Gerichtsverhandlungen, könnte unter Umständen, um dem Minderheitenschutz gerecht zu werden und andererseits die Justizverwaltung nicht übermäßig zu belasten, eventuell noch die Möglichkeit ins Auge gefaßt werden, daß die gesamte Verhandlung für alle in Bozen stattfindet, wo natürlich die straffälligen, bzw. die angeklagten Jugendlichen aus dem Trentino sämtliche Rechtsgarantien genießen können, die sie auch im Trentino genießen, nur daß sie eben bis dorthin fahren müßten, so wie es heute umgekehrt der Fall ist. Wir haben aber - das ist trotzdem als Reservemöglichkeit in Betracht ziehen - , uns zur Überzeugung entschlossen, diesen von den Mitgliedern der Regionalregierung als Abgeordnete vorgeschlagenen Weg der Zweiteilung des Jugendgerichtes auch mit zu unterstützen, d.h. wir sind letztlich doch der Meinung, daß insbesondere in einer so wesentlichen Frage, wo es um die Wahrnehmung eines verfassungsrechtlichen Grundsatzes geht, insbesondere des Minderheitenschutzes, der Staat also die Kosten nicht scheuen dürfte, ein solches Gericht trotz der bestehenden Schwierigkeiten und Personalmangel und allen möglichen, in Bozen zu errichten, obwohl wir wissen - das soll auch gesagt sein - daß ein solcher Vorschlag, so wie er von der Regionalregierung eingebracht ist, möglicherweise im Parlament auf soviel Widerstand stößt, daß er wieder nur ein frommer Wunsch bleibt und wir sollten uns manchmal - letztesmal

hat es mein Kollege Tribus im Zusammenhang mit der Straße Nonsberg beispielsweise gesagt - wir sollten vielleicht auch überlegen, ob die Vorschläge, die wir ausarbeiten oder weiterreichen auch Aussicht auf Durchführung haben oder ob wir nur einen frommen Wunsch signalisieren wollen.

Also, wir sind einverstanden, dem Parlament gegenüber, den Vorschlag zu machen und zumindest den Weg zu versuchen, das Jugendgericht zu verdoppeln. Schwieriger wird es dann mit der Frage: Wie soll das Gericht aussehen? Der Weg, der hier im vorliegenden Gesetzentwurf gewählt wird, sieht eine Art - ich sage ausdrücklich eine Art - Proporz beim Gericht vor, d.h. dieser Weg sieht vor, daß das Gericht, das in Bozen errichtet werden soll, bzw. die entsprechende Sektion beim Oberlandesgericht in Trient durch eine bestimmte sprachliche Zusammensetzung die Garantie geben soll, daß Jugendliche deutscher oder eventuell auch ladinischer Muttersprache - aber sagen wir ein ladinisches Verfahren oder so ist ja sowieso nicht vorgesehen - also insbesondere deutscher Muttersprache, sich dadurch besser verstanden und dadurch auch besser geschützt fühlen, daß von den zwei Sachverständigen, Mann und Frau, die also einen solchen Senat mitintegrieren, daß die zwei Sachverständigen nach Sprachgruppen geschieden sein sollen, daß also einer dieser beiden Personen deutscher Muttersprache sein soll und eine dieser beiden Personen italienischer Muttersprache und daß diese Sachverständigen im Wesentlichen über Vorschlag des Südtiroler Landtages ernannt werden, wenn auch vom Justizminister.

Wir haben in der letzten Legislatur diesem Vorschlag noch zugestimmt, d.h. wir haben in der letzten Legislatur darin eine Möglichkeit gesehen, den Erfordernissen des Minderheitenschutzes auf eine akzetable Art gerecht zu werden. Wir haben allerdings inzwischen gesehen, wie sich die Sechserkommission bei Ausarbeitung der Durchführungsbestimmungen einmal zum Verwaltungsgerichtshof und zweites zum amtlichen Gebrauch der Sprachen vor Gericht, die Durchführung dieser Regelungen vorsieht, nämlich mit einer Tendenz, sagen wir wirklich zur Zweiteilung, zur ethnischen Zweiteilung der Gerichtsbarkeit, zu einer, sagen wir mal so, repräsentativen Vertretung der Sprachgruppen in Justizorganen, die unweigerlich die Versuchung nach sich zieht, daß jeder Richter, bzw. jedes Gerichtsmitglied, auch die Sachverständigen, sich gewissermaßen unter Druck befinden, die Interessen der Sprachgruppe als solche wahrzunehmen, d.h. gewissermaßen einer repräsentativen Aufgabe nachzukommen und sich "quasi" als Vertreter der einen oder der anderen Sprachgruppe im Gericht zu fühlen, was natürlich der Justiz sehr

abträglich ist, was natürlich die Gefahr mit sich bringt, daß die Justiz eine Art also ungehörlicher ethnischer Beeinflussung erfährt.

Zweitens: die Namhaftmachung durch den Südtiroler Landtag legt nach den bisher gehabten Erfahrungen das Bedenken nahe, daß hier nocheinmal die Justiz stark politisiert wird. Denken wir z.B. an die ganze Geschichte mit dem Verwaltungsgericht. Bis heute besteht das Verwaltungsgericht in Südtirol noch immer nicht, weil der Südtiroler Landtag bis jetzt und weil die römische Regierung, die Mitglieder, die ja nach einem politischen Kriterium ausgewählt werden, nicht namhaft gemacht hat d.h. es besteht also ein erhebliches politisches Tauziehen um eine solche Designierung von Gerichtsmitgliedern. Deswegen werden wir in den Änderungsvorschlägen - die ich jetzt nicht erläutere, denn die stehen ja dann in der Sachdebatte zur Diskussion - den Vorschlag machen, das Gericht: erstens sagen wir zu entproporzionalisieren, d.h. also keine besondere Vorschrift vorzusehen, welcher Muttersprache die Mitglieder des Gerichts angehören sollen, aber zu verlangen, da sie die beiden Sprachen können, d.h. es darf also nicht so sein, daß in einem solchen Gerichtssenat z.B. der Vorsitzende nichts versteht, - es heißt hier nur ein Richter des Oberlandesgerichtes, es dürfte also nicht vorkommen, daß möglicherweise der Vorsitzende die eine oder die andere Sprache nicht versteht, - sondern wir wollen garantieren, daß alle Gerichtsmitglieder beide Sprachen tatsächlich verstehen, aber wir möchten keine besondere Bestimmung, wonach sich der eine oder andere Richter der einen oder der anderen Sprachgruppe gegenüber verpflichtet fühlen muß, eine Art Gruppenloyalität zum Ausdruck bringen muß.

Das ist die Logik unserer Änderungsanträge, die dann im einzelnen noch erläutert werden können. Im ganzen sind wir für da "ja", versuchen wir dem Parlament ein getrenntes Jugendgericht in Südtirol vorzuschlagen, und eine etwas bürgernähere Justiz für straffällige Jugendliche auch aus Südtirol zu realisieren, gehen wir aber nicht den Weg der politischen Besetzung oder sagen wir der übermäßig politischen Besetzung des Gerichtes und gehen wir nicht den Weg der ethnischen Zweiteilung oder sagen wir der ethnischen Vorkanalisierung bei der Auswahl der Richter und zuletzt erinnern Sie sich bitte, insbesondere bei der Regionalregierung, daran, - aber dasselbe gilt dann auch für die beiden Landesregierungen, wo wir das Problem im Zusammenhang mit den Haftanstalten überhaupt schon öfter aufgeworfen haben, - daß es den Jugendlichen also relativ wenig nützt, wenn sie zwar vor Gericht verstanden werden - was in etwa auch heute der Fall sein dürfte, denn ich will nicht annehmen und ich darf nicht annehmen, daß ein Gericht

über sie urteilt, ohne sie zu verstehen, also ohne sich zumindest mit Hilfe von Dolmetschern sprachkundig und sachkundig zu machen und die Jugendlichen, bevor ein Urteil gefällt wird, auch tatsächlich anzuhören, bzw. die Zeugen zu verstehen und alle Umstände zu werten.

Gehen wir ruhig den Weg, das Gericht besser Instandzusetzen, die Jugendlichen auch aus Südtirol richtig zu verstehen aber was haben sie davon, wenn nachher der Strafvollzug unter Umständen erfolgt, die sie, wie ich eben vorhin gesagt habe, sprachlich isoliert und sie damit mehr aus ihrem sozialen Zusammenhang herausreißt und ihnen eine Rückkehr, eine Eingliederung in die Gesellschaft praktisch noch um vieles schwerer macht. Was haben sie dann davon?

Deswegen sind wir der Meinung, daß das Problem des Strafvollzuges mindestens eben so wichtig ist und im Grunde leichter zu lösen - also in dem Fall dürfte es wirklich nur eine Finanzfrage sein - als das Problem des Jugendgerichtes und während wir uns für die Lösung der Frage nach dem Gericht auch die Alternative vorstellen könnten, das gesamte Jugendgericht nach Bozen zu verlegen - das würde nichts daran ändern, da es natürlich weiterhin dem Oberlandesgericht unterstehen würde, wie in der allgemeinen Gerichtsordnung vorgesehen ist, - es wäre für uns nicht so abwegig, einfach vorzusehen, daß diese Abteilung des Gerichts einfach eben in Südtirol tagt, in Südtirol seine Amter hat und entsprechend natürlich dann auch die zum Teil erlassenen und zum Teil noch zu erlassenden Vorschriften über Sprachgebrauch usw. anwendet.

(Signor Presidente, colleghe e colleghi, il Consiglio regionale si occupa per la seconda volta di questo problema, proponendo al Parlamento un disegno di legge-voto, tendente all'istituzione in Bolzano di una sezione del Tribunale per i minorenni ed una sezione della Corte d'Appello dello stesso Tribunale in quel di Trento. Il precedente disegno di legge, come si menziona anche nella relazione, è praticamente decaduto per lo scioglimento anticipato del Parlamento, ossia per la tattica delle "calende greche" posta in atto dal Parlamento.

Mi si permetta di esprimere alcune considerazioni in merito a questo argomento a nome del nostro gruppo, illustrando la nostra posizione, ossia i nostri riserve e dubbi sul presente provvedimento. Credo sia una necessità indiscussa anche da parte nostra che nel caso del Tribunale per i minorenni debba mutare un qualche cosa in modo drastico e radicale.

Come noto, attualmente il Tribunale per i minorenni esiste

soltanto nella città di Trento, per cui giovani dell'Alto Adige, che trovansi in conflitto con la giustizia, devono in primo luogo affrontare un tribunale ed eventualmente un giudizio al di fuori della propria zona abitativa, e spesso si sorvolano naturalmente le particolari garanzie a tutela della minoranza etnica, in particolare il diritto alla propria lingua ecc. anche nella misura già ora assicurata ed in secondo luogo le garanzie derivanti dall'attuale legislazione, che esistono dal 1960, vale a dire il diritto e la possibilità di usare la propria madrelingua davanti alle istanze giuridiche, la qual cosa dipende spesso dalla forte volontà e dall'insistenza dei singoli se fare uso o meno di questo diritto, queste garanzie comunque, ribadisco, sono spesso vanificate dal fatto che i processi si celebrano nella città di Trento.

E' vero naturalmente che i giovani hanno diritto ad un interprete davanti al proprio tribunale e con ciò è offerta loro la possibilità di parlare la propria lingua, ma è pur vero che l'intero procedimento si svolge sotto il profilo linguistico e forse anche della mentalità in un ambiente relativamente lontano a questi giovani, per quanto provengono in particolare dall'Alto Adige e appartengono al gruppo linguistico tedesco o ladino. A questo si aggiunge, come giustamente menzionato, oppure fatto valere da altri, che il viaggio per raggiungere la sede del Tribunale dei minorenni, ad esempio per i giovani imputati, se non detenuti, per i familiari e possibilmente anche per i difensori, per gli assistenti sociali ed altri partecipanti al procedimento può risultare lungo e faticoso, sebbene si debba ammettere che sussistono simili casi e confrontabili con la stessa situazione anche da altre parti, consideriamo per esempio determinate regioni d'Italia piuttosto estese, quali sono la Lombardia, il Piemonte, la Toscana, la Sicilia ed altre regioni, forse esistono simili casi anche all'estero, dove il viaggio per raggiungere un tribunale, in particolare un'istanza giudiziaria superiore, risulta spesso altrettanto lontano e complicato.

Ci siamo per questo motivo premurati a fare una serie di considerazioni al presente disegno di legge-voto, atte a risolvere questo problema, che non desideriamo considerare soltanto legato al tribunale dei minorenni, essendo nostro intento risolvere anche altri problemi connessi all'esecuzione delle sentenze a carico dei giovani, poichè attualmente l'Alto Adige non è soltanto sprovvisto del Tribunale dei minorenni, ossia in tutta la regione non esiste un istituto di pena che tenga conto delle particolari esigenze dei giovani di lingua tedesca, in particolare anche Trento è sprovvisto di una casa di

rieducazione per i giovani, per cui il problema dell'esecuzione della sentenza è al momento non meno grave e a tal proposito desidero ricordare alla Giunta regionale che nella scorsa legislatura ci aveva assicurato che avrebbe affrontato pure il problema della casa di rieducazione, ma ritengo che nulla in tale settore sia stato intrapreso e ritengo inoltre più facile e di minori difficoltà giuridiche ed economiche la soluzione del problema di questo istituto riservato ai minorenni, rispetto a quello della particolare sezione nell'ambito dell'ordinamento giudiziario.

Questo, di per sé piccolo problema, non è stato ancora risolto e tanto meno ci attendiamo la soluzione dei problemi della criminalità giovanile, vale a dire dell'orientamento delle istituzioni repressive, ma dobbiamo ciò nonostante affermare che per giovani provenienti soprattutto dall'Alto Adige risulta particolarmente non piacevole e difficile, trovarsi rinchiusi in un carcere a Treviso, a Venezia, dove non sono soltanto isolati linguisticamente...

Signor Presidente si sta distribuendo un emendamento sprovvisto di firma. Vorrei pregarla di voler controllare prima della distribuzione che gli emendamenti siano regolarmente firmati. Sarebbe interessante per i consiglieri sapere da quale parte proviene l'una o l'altra proposta, chiedo scusa per questo inciso e quindi anche per l'interruzione.

Riprendo quindi il mio discorso nel senso che tale problema richiede urgentemente una soluzione e questo disegno di legge non affronta minimamente la questione dell'esecuzione delle sentenze a carico dei giovani, dato che l'esecuzione di una pena in carceri giovanili al di fuori dell'Alto Adige significa per tutti i giovani comunque uno sradicamento, un grave onere e per i giovani dei gruppi etnici tedesco e ladino in particolare anche l'isolamento linguistico, difficoltà, ad esempio, di trovare nella biblioteca di un istituto di pena un testo in lingua tedesca di letteratura oppure semplici periodici significa inoltre una difficoltà di permanenza, un maggior isolamento, che mal si concilia con i presunti scopi che ci si prefigge con l'esecuzione di una sentenza, vale a dire la rieducazione, ossia il celere, riinserimento nella vita sociale, la qual cosa dovrebbe significare una prevenzione contro la futura criminalità.

Per questo motivo desidero nuovamente indicare, che a nostro avviso il problema più grave e più urgente è da individuarsi nell'esecuzione delle sentenze, che risulta essere più grave di quello della celebrazione del processo, poiché, come già detto, nel corso del

dibattimento ogni giovane, ogni testimone hanno il diritto, se anche alle succitate condizioni, di richiedere davanti al tribunale un interprete e non soltanto, se parlano esclusivamente la lingua tedesca, avendo anche i ladini, se non a conoscenza della lingua tedesca o italiana, tale diritto ai sensi delle vigenti norme del codice di procedura penale, come ad esempio anche un imputato di lingua turca o bulgara o di altra madrelingua, come noto dalla pratica processuale, ha il diritto, come pure il teste di altra lingua madre, di essere compreso davanti al tribunale e se non vi sono altre soluzioni, vi è sempre l'ausilio di un interprete.

Desidero pregare espressamente la Giunta regionale di voler prendere posizione in merito a questa problematica nella propria replica.

Ma ritorniamo ora al tribunale. Nella scorsa legislatura e precisamente nel corso di analoga discussione avevamo udito da parte dell'assessore regionale Messner, se ricordo bene, una serie di cifre, dalle quali era risultato che proporzionalmente i giovani di lingua tedesca perseguibili penalmente vantavano una percentuale addirittura maggiore rispetto ai giovani di lingua italiana dell'Alto Adige, la qual cosa dovrebbe essere per noi motivo di meditazione, essendo a conoscenza che i giovani di lingua tedesca vivono per la maggior parte in zone rurali, vale a dire che queste sono sovrapproporzionate, mentre la maggior parte dei giovani di lingua italiana vive e trascorre il proprio tempo in zone cittadine. Se quindi nelle zone rurali dell'Alto Adige, in cui normalmente la criminalità è sottoproporzionata, le cifre sono tali, si deve concludere che esistono una preoccupante asocialità, tensioni sociali, che si manifestano evidentemente anche attraverso la trasgressione delle leggi e tanto non mi sembra un problema minore, dato che tutto questo indica come evidentemente nel mondo ritenuto così sano molte cose non quadrino.

Veniamo concretamente al problema del tribunale per i minorenni. Che cosa è previsto come alternativa oppure innovazione? Si prevede che in deroga alle norme vigenti in tutta Italia, al di là dell'ordinamento giuridico italiano, la possibilità di istituire anche in Bolzano di una sezione per il tribunale per i minorenni, che notoriamente esiste in seno alle corti di appello. Ci siamo occupati insieme alla nostra collega Emeri, nel frattempo deceduta, intensamente con questo problema, dato che soprattutto la nostra collega defunta aveva esternato l'opinione, che sarebbe stato relativamente difficile ottenere dal Ministero, cioè dallo Stato centrale, uno sdoppiamento dei

tribunali per i minorenni anche per la sola considerazione che in tutta Italia, essendovi molte province, ed in particolare in regioni di estensione maggiore, esistendovi pure poche corti d'appello, questa particolarità potesse rafforzare la tendenza di richiedere altri tribunali per minorenni e da parte del ministero, come a loro è senz'altro noto, è stato più volte posto in rilievo il problema dei costi. Recentemente sono apparse sulla stampa dichiarazioni ed interviste del Ministro preposto alla Grazia e Giustizia, anche da parte del Ministro Martinazzoli attualmente in carica, che un secondo tribunale per i minorenni in varie parti d'Italia non è pensabile per motivi finanziari. Per questo motivo abbiamo preso in considerazione anche la possibilità di proporre il trasferimento del tribunale dei minorenni da Trento a Bolzano, senza dividere questa istanza giudiziaria, il che significherebbe naturalmente pretendere dai trentini ciò che è stato preteso finora dai sudtirolesi, cioè di recarsi nella provincia limitrofa; desideriamo offrire questa nostra iniziativa eventualmente come soluzione di riserva, senza presentare a tal proposito emendamenti, ma comunque al governo potrebbe essere suggerito tanto in forma adatta o attraverso i gruppi parlamentari, poichè, qualora lo Stato non fosse disposto a sdoppiare il tribunale, i giovani trentini oltre alla difficoltà materiale non dovrebbero sopportare oneri diversi, qualora dovessero recarsi a Bolzano per le udienze, dato che in tal caso resterebbero ferme tutte le garanzie giuridiche, ma simile soluzione potrebbe tener conto della tutela delle minoranze, oltre a non aggravare eccessivamente l'amministrazione della giustizia, per cui potrebbe essere presa in considerazione la possibilità di trasferire per tutti il tribunale in parola a Bolzano, dove naturalmente tutti i giovani accusati provenienti dal Trentino possono godere, ripeto, quelle garanzie giuridiche, peraltro loro garantite nella sede di Trento, pur avendo l'aggravio di recarsi a Bolzano, che oggi del resto è dei sudtirolesi. Nonostante questa nostra proposta di riserva ci siamo convinti di sostenere anche noi la soluzione presentata dai membri della Giunta regionale nella loro qualità di consiglieri, di sdoppiare il tribunale per i minorenni, essendo noi in definitiva del parere che in una questione essenziale, qual è l'attuazione di un principio costituzionale fondamentale, soprattutto della tutela delle minoranze, lo Stato non dovrebbe ricercare vie di risparmio ed istituire comunque un simile tribunale, nonostante le difficoltà e la carenza di personale esistenti, anche in quel di Bolzano, sebbene siamo a conoscenza - anche questo va detto - che la proposta, così come è stata formulata dalla



Giunta regionale troverà tali ostacoli in Parlamento da far rimanere questo provvedimento un pio desiderio, per cui talvolta, come ha già fatto presente la scorsa volta il collega Tribus in relazione alla strada della val di Non, dovremmo forse considerare se le proposte da noi elaborate ed inoltrate abbiano anche la possibilità di essere accolte o se è solo nostro intendimento segnalare un pio desiderio.

Dunque noi siamo favorevoli a proporre al Parlamento o almeno di cercare di intraprendere questa via, di sdoppiare il tribunale per i minorenni. Più difficile appare invece il problema della conformazione del tribunale. Le modalità scelte in questo provvedimento prevedono una specie - dico espressamente una specie - di proporzionale nell'ambito del tribunale, vale a dire che il tribunale di Bolzano, cioè la rispettiva sezione in seno alla Corte d'Appello di Trento dovrebbe offrire con una determinata composizione linguistica, ai giovani di lingua tedesca, o eventualmente anche di lingua ladina - ma un procedimento in lingua ladina è di per sé non previsto - dunque soprattutto ai giovani di lingua tedesca una garanzia, affinché si sentano più compresi e diciamo anche più tutelati, data la presenza di due esperti, un uomo e una donna, chiamati ad integrare una corte, che devono appartenere a due gruppi linguistici diversi, per cui un esperto dovrà appartenere al gruppo linguistico italiano e l'altro a quello tedesco, peraltro nominati dal ministro di grazia e giustizia su proposta del Consiglio provinciale di Bolzano.

Nella scorsa legislatura avevamo accettato questa proposta, vale a dire che la scorsa volta avevamo intravvisto la possibilità che le esigenze della tutela delle minoranze sarebbe stata risolta in modo accettabile. Nel frattempo però abbiamo constatato come la Commissione dei 6 abbia concepito in sede di elaborazione della norma di attuazione questa regolamentazione in occasione del tribunale amministrativo e in quella dell'uso ufficiale delle lingue davanti al tribunale, ponendo in luce una tendenza di un vero e proprio sdoppiamento etnico delle istanze giudiziarie, di una rappresentanza dei gruppi linguistici nei vari organi della giustizia, da cui consegue necessariamente la tentazione che ogni giudice, ogni componente il tribunale, anche i due esperti, vengano a trovarsi in una sorta di pressione di dover difendere gli interessi di gruppi linguistici come tali, vale a dire di adempiere in certo qual modo un compito rappresentativo, sentendosi quasi rappresentante dell'uno o dell'altro gruppo etnico in un tribunale, la qual cosa sminuirebbe assai la giustizia, dato che subirebbe gioco-forza una specie di influsso etnico non consono allo scopo.

In secondo luogo la nomina attraverso il Consiglio provinciale di Bolzano implica il dubbio, anche alla luce delle esperienze finora fatte, che si voglia politicizzare un'altra volta la giustizia. Consideriamo ad esempio tutta la lunga storia del tribunale amministrativo. In Alto Adige fino ad oggi questo organo giudiziario non è stato ancora istituito, dato che il Consiglio provinciale di Bolzano e il governo non hanno ancora scelto e nominato i componenti, che vanno reperiti secondo un criterio politico. Ciò significa che sussiste in sostanza un aspro tiro alla fune in senso politico intorno alla designazione di persone chiamate a costituire un Tribunale. Per questo motivo con gli emendamenti che intendo ora illustrare, riservandomi di intervenire nel corso della discussione articolata, intendiamo proporre di non appesantire il tribunale dell'onere della proporzionale e di non prevedere a tal proposito una norma speciale, che imporrebbe ai componenti del Tribunale di appartenere all'uno o all'altro gruppo etnico, ma di prevedere semplicemente l'obbligo della conoscenza delle due lingue, onde evitare che la corte sia presieduta da un giudice che non comprende l'una o l'altra lingua, nel caso specifico si parla di un giudice della Corte d'Appello, volendo noi così garantire che tutti i componenti il Tribunale comprendino quanto dicono gli imputati ed i testi, tralasciando qualsiasi norma particolare, secondo cui l'uno o l'altro giudice si debba sentire obbligato nei confronti dell'uno o l'altro gruppo etnico ad esprimere una specie di lealtà di gruppo.

Questa è la logica dei nostri emendamenti che saranno illustrati più avanti dettagliatamente. In complesso noi siamo a favore del sì, oppure cerchiamo di proporre al Parlamento un Tribunale per i minorenni separato per l'Alto Adige e di realizzare una giustizia più vicina ai giovani anche a favore dei minorenni dell'Alto Adige perseguibili penalmente, ma non seguiamo la via della composizione politica, o diciamo eccessivamente politica del Tribunale, non seguiamo la tendenza della separazione etnica o meglio della "precanalizzazione" etnica nel momento della scelta dei giudici ed infine ricordiamoci tutti, in particolar modo la Giunta regionale e le due Giunte provinciali - sede in cui abbiamo sollevato più volte lo stesso problema in relazione agli istituti di pena - che poco gioverebbe ai giovani essere compresi direttamente dal Tribunale, particolare che dovrebbe verificarsi già oggi davanti ad ogni corte, non potendo accettare che si giudichi un cittadino senza averlo compreso almeno attraverso l'aiuto di un interprete, senza aver ascoltato i giovani, ossia i testi ed aver valutato tutte le circostanze.

Seguiamo invece tranquillamente la via che vede una migliore composizione del Tribunale, che potrà meglio comprendere anche i giovani dell'Alto Adige, ma cosa gioverà loro tutto questo, se poi l'esecuzione della sentenza deve avvenire in circostanze che li isola sotto il profilo linguistico, come ho affermato precedentemente, sradicandoli così maggiormente dal loro contesto sociale, rendendo loro ancor più difficile praticamente il reinserimento nella società. Che cosa gioverebbe a loro tutto questo?

Siamo pertanto dell'opinione che il problema dell'esecuzione della sentenza sia almeno altrettanto importante ed in definitiva di più facile soluzione - questo caso dovrebbe costituire soltanto un problema finanziario - rispetto al problema del Tribunale per i minorenni e nel mentre la soluzione per il Tribunale potrebbe contenere per noi anche l'alternativa di trasferire da Trento a Bolzano - nulla verrebbe modificato, poichè il Tribunale dovrebbe naturalmente soggiacere alla Corte d'Appello, come previsto nell'ordinamento generale della giustizia - non sembrerebbe irrealizzabile che questa sezione speciale lavorasse semplicemente in Alto Adige con propri uffici, applicando le norme in parte già emanate ed in parte ancora da emanare in materia dell'uso della lingua ecc.).

**PRESIDENTE:** Chi altro chiede la parola su questo disegno di legge? Il cons. Peterlini, ne ha facoltà.

**PETERLINI:** Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der vorliegende Begehrensantrag wurde vor allem auch auf Druck der Südtiroler Volkspartei bereits zu Beginn der vorigen Legislaturperiode im Jahre 1980, genehmigt und nach Rom weitergeleitet. Inzwischen sind mehr als 5 Jahre vergangen, es hat sicherlich Regierungs - ja sogar Parlamentswechsel in Rom gegeben, auch der Landtag und Regionalrat mußte erneuert werden, aber wir sind am gleichen Punkt wie zu Beginn der Legislaturperiode 1978, nämlich am Nullpunkt.

Ich habe mir eine sehr interessante Dokumentation hergerichtet, die auf Grund einer Anfrage des Kollegen Rubner hier dem Regionalrat zur Kenntnis zugeleitet wurde, aus der hervorgeht, wie fleißig und tüchtig der Regionalrat im Erlaß von Begehrensanträge war. Wir haben da eine ganze Liste - ich möchte dem Regionalrat ersparen, sie alle vorzulesen - jedenfalls reicht es von Problemen des bilateralen Kulturaustausches über das Verlagswesen, über die Raketenstückpunkte, über die Behinderten, Maßnahmen im Kreditwesen, Kreditausweitungs-

beschränkungen, Zuweisung von Zwangswohnorten, Europapolitik, wieder Zwangswohnorte, Waffenausfuhr in die dritte Welt, Überlandsleitung 380.000 Volt, Menschenrechte der Glaubensgemeinschaft Baha'i, Steuererlasse in Fällen der Übertragung von Liegenschaften, die stehen noch bevor, Steuerregelung, Erbschaftssteuer usw. und in dieser Beantwortung der Anfrage, die der Präsident Sembenotti glaube ich, dem Kollegen Rubner zugestellt hat - na, der Präsident Angeli, immer schön angemerkt, welche Ämter diese Begehrensanträge gemacht haben, wenn sie vom Regionalrat genehmigt worden sind, an welchem Datum sie dem Präsidium des Ministerrates zugesandt worden sind und dann eventuell noch an welchem Datum sie irgendeiner Kommission der Abgeordnetenversammlung oder des Senates vorgelegt worden sind.

Aber dabei ist es auch geblieben, d.h. mit anderen Worten, bis jetzt wurde, soviel mir bekannt ist, kein einziger Begehrensantrag, den die Region genehmigt hat, überhaupt in die Tat umgesetzt. Und das stellt uns vor eine grundsätzliche Frage, nämlich vor die Frage, ob nicht auch wir durch die Flut von Begehrensanträgen, die wir sicherlich zu auch wichtigen Problemen erlassen haben, aber auch zu anderen Problemen, die uns nicht so nahe stehen, mit schuld sind, daß man uns da in dieser Angelegenheit nicht mehr so ernst nimmt.

Ich bin der Meinung, daß wir dieses Instrument, das das Autonomiestatut dem Regionalrat vorbehält, nämlich über seine eigene Zuständigkeiten hinaus, Begehrensgesetzentwürfe und Begehrensanträge nach Rom zu leiten, wesentlich vorsichtiger einsetzen sollten, um zu verhindern, daß in der Papierflut, die nach Rom geschwemmt wird, die wesentlichen Dinge verloren gehen. Wenn man Dutzende und Dutzende von Begehrensanträge hier produziert, dann brauchen wir uns nicht zu wundern, wenn sie anschließend in römischen Schubladen verstauben. Dieser Punkt - Jugendgericht für Bozen - wäre und ist eine jener Angelegenheiten, die wir auf jeden Fall mit Hilfe dieses Instrumentes Rom leiten müssen und die wir durch besondere Interventionen auch unterstützen werden, und darum ersuche ich den Präsidenten Bazzanella, auch mit der notwendigen Konsequenz, in Rom zu intervenieren, damit nicht auch dieser Begehrensantrag, wie es überigens auch in der letzten Legislaturperiode der Fall war, in römischen Schubladen verstaubt. Es geht hier um ein grundsätzliches Problem, das seit einem guten Jahrzehnt von den Jugendverbänden in Südtirol aufgezeigt worden ist und zum Schicksal für junge Menschen aus in Südtirol geworden ist.

Das Schicksal, außerhalb der eigenen Landesgrenzen in einer total fremden Umgebung vor - herausgerissen aus dem üblichen Milieu -

vor ein Gericht gestellt zu werden, das zusätzlich noch nicht einmal die eigene Muttersprache des Angeklagten versteht und das erschwert die Lage, weil es ja hier um Jugendliche unter 18 Jahren geht, die sich von vorn herein schon in einer Ausnahmesituation befinden und deswegen sind auch eigene Verfahren vorgesehen, bei denen man der besonders psychologisch schwierigen Situation, der Anforderungen auf den Problembereich, des Problems des Familienkreises des Jugendlichen, seiner Schwierigkeiten Rechnung tragen muß, die über die reinen Paragraphen des Strafgesetzbuches hinausgehen, um ihm dazu gleichzeitig ein geeignetes Milieu, einen Jugendrichter, einen geeigneten Strafvollzug zu bieten, - das ist richtig vermerkt worden von meinem Vorredner - um sich wiederum ordentlich in die Gesellschaft einzugliedern. Für die südtiroler Jugendlichen ist das Gegenteil der Fall. Sie werden von ihren Bergdörfern oder Tälern herausgeholt und vor ein Gericht gestellt, in einer fremden Stadt, die sie vielleicht gar nie gesehen haben, und die zusätzlich wie gesagt, ihre eigene Muttersprache nicht versteht. Es ist in diesem Zusammenhang leider auch zu vermerken, daß das Problem immer dringender wird, weil die deutsche Sprachgruppe, wir haben das ja bereits auch vor 5 Jahren so aufzeigen müssen, Kollege Messner hat es damals belegt, auf dem besten Wege ist, alles das nachzuholen, worin sie bisher der italienischen Sprachgruppe nachgestanden ist und dieses Phänomen ist auch gesellschaftlich leicht erklärbar. In den 50iger und 60iger Jahren war es vor allem die italienische Jugend, die eine wesentliche höhere Rate an Straffälligkeit aufweisen konnte und zwar verständlich wohl auch aus den Schwierigkeiten, das neue soziale Milieu zu bewältigen, wegen der Zuwanderung und der städtischen Lebensweise und der neuen Besiedlungsstruktur der italienischen Bevölkerung, sodaß also bis in die 60iger Jahre herauf die italienische Bevölkerung eine wesentlich größere Rate an Jugendkriminalität und Devianz aufweisen mußte, als es die deutsche Bevölkerung hatte.

Zwischenzeitlich hat die deutsche Bevölkerung zum einen, in diesem Falle, nicht geliebten Proporz aufgeholt, aus verständlichen Gründen. In Südtirol hat eine Verstärkung auch in der deutschen Bevölkerung angesetzt, aber vor allem hat die Motorisierung die Möglichkeit, sei es mit dem Motorrad, als auch mit dem - für die Jüngeren nicht, aber doch mit Kollegen älteren Jahres, älterer Jahrgänge - mit dem Auto das eigene Dorf zu verlassen, die Möglichkeit geboten, sich aus der sozialen Kontrolle des Dorfgeschehens herauszuschälen und das ist auch erfolgt. Die Jugenddevianz und Kriminalität erfolgt ja nicht und sehr selten im Rahmen des eigenen Dorfes, meistens ist es eben

verlagert in die Stadt oder in die größeren Zentren, wo eben diese soziale Kontrolle des Dorfes, des Vereines und der gesamten Dorfstruktur wegfällt und damit eine unkontrollierte psychologische soziale Situation entsteht.

Aber jetzt zum Begehrensantrag. Es sind eine Reihe von Abänderungsanträgen vorgelegt worden, von der Liste fürs Andere Südtirol, in der Region heißt sie Lista alternativa, jedenfalls von Langer, Franceschini und Tribus, um Bestimmungen zum Schutze, so schaut es auf den ersten Blick aus, des Gebrauches der deutschen Sprache einzuführen, während in Wirklichkeit genau da Gegenteil erreicht würde, falls man solche Abänderungsanträge in diesem Begehrensantrag einflechten wollte.

Die Südtiroler Volkspartei kämpft seit Jahren um die Durchführung der Gleichstellung der deutschen Sprache bei der Polizei und vor Gericht und entsprechende Durchführungsbestimmungen sind einvernehmlich von der Sechserkommission der Regierung zugeleitet worden und liegen nun seit zwei Jahren in der Schublade der Regierung. Würden wir jetzt auch nur einen Teil, oder Teilaspekte in diesem Begehrensantrag vorwegnehmen, anders regeln, und uns damit praktisch damit begnügen, würden wir gleichzeitig auch zugeben, daß wir die anderen Durchführungsbestimmungen, die in Rom liegen, nicht mehr so wichtig halten. Wir sind der Meinung, daß die Materie der Regelung des Gebrauches der Sprache über die Durchführungsbestimmung geregelt werden muß und auch nicht über ein Gesetz, was ein gefährlicher Präzedenzfall aus verfassungsrechtlicher Sicht wäre. Für die Durchführung des Autonomiestatutes, im Bereich der deutschen Sprache sind Durchführungsbestimmungen zu erlassen und keine Staatsgesetze, während es für die Errichtung eines Jugendgerichtes eine Abänderung der Strafgesetzsatzordnung braucht, weil es ja eine Ausnahme darstellt, im Verhältnis zur Grundsatzregelung, das am Sitz des Oberlandesgerichtes dieses Jugendgerichts stattfindet, ein Gesetz notwendig ist. Also wir sagen ja zum Begehrensgesetzentwurfes, zur Errichtung des Jugendgerichtes, nein zu einem Präzedenzfall auf verfassungsrechtlicher Ebene, praktisch dem Parlament in Rom zu Zuständigkeit zu übertragen, über unsere Sprachenregelung zu entscheiden, die der Sechserkommission bzw. der Regierung vorbehalten ist. Ich fasse zusammen:

1. Die Bitte an den Regionalrat, das Instrument des Begehrensantrages und des Begehrensgesetzentwurfes gezielter, bewußter und damit auch sparsamer einzusetzen, damit es auch, wenn wir es wirklich brauchen, noch wirkt. Gleichzeitig die Bitte an den Präsidenten des Regionalrates

Sembenotti und dem Präsidenten des Regionalausschusses Bazzanella diese wichtige Angelegenheit, die auch im Koalitionsabkommen verankert ist, mit entsprechendem Druck zu unterstützen.

2. Die dringende Notwendigkeit, in Bozen ein Jugendgericht zu errichten, aus der Überlegung, daß ein Jugendlicher deutscher Sprachgruppe aus seinem Milieu herausgerissen wird und vor eine total fremde Umgebung gestellt wird und zusätzlich noch vor ein Gericht, das seine Muttersprache vielfach nicht versteht.

3. Den Bereich der Regelung der Sprache, jenen Instanzenweg, nämlich der Sechserkommission und der Regierung zu überlassen, die im Autonomiestatut verankert ist und nicht Präzedenzfälle gefährlicher Natur zu schaffen, die unsere Autonomie de facto in das Parlament zurücklegen würden.

(Signor Presidente, egregi colleghe e colleghi, il presente disegno di legge-voto era stato approvato dal Consiglio regionale all'inizio della scorsa legislatura ed inviato in sede romana soprattutto su pressione del S.V.P. Nel frattempo sono trascorsi più di cinque anni, nel corso dei quali si sono avuti mutamenti a livello governativo e parlamentare, gli stessi Consigli regionale e provinciali sono stati rinnovati, ma ci troviamo purtroppo ancora al punto zero, come all'inizio della legislatura precedente, nel 1978.

Mi sono procurato una documentazione assai interessante, peraltro inviata a tutti i colleghi per conoscenza in occasione di un'interrogazione del collega Rubner, dalla quale risulta quanto diligente e accorto sia stato il Consiglio regionale nell'approvare Voti. Dispongo di un elenco interminabile e desidero risparmiare al Consiglio regionale la rispettiva lettura, tuttavia i problemi affrontati riguardano gli scambi bilaterali culturali in materia di editoria, le basi missilistiche, gli handicappati, misure in materia creditizia, limitazioni del credito, l'assegnazione dei luoghi di soggiorno obbligato, politica europea, nuovamente i soggiorni obbligati, esportazione di armi nel terzo mondo, elettrodotto interregionale a 380.000 V, i diritti dell'uomo della comunità religiosa Baha'i, le imposte nel caso di trasferimento di immobili,- questa mozione non è stata ancora trattata,- regolamentazione delle imposte, imposte di successione ecc. e nella risposta a questa interrogazione, trasmessa, credo, dal Presidente Sembenotti al collega Rubner, il Presidente Angeli ha sempre indicato accanto ai rispettivi Voti l'ufficio che ha provveduto ad elaborare i rispettivi testi la data di trasmissione alla

Presidenza del Consiglio dei Ministri ad eventuali commissioni parlamentari della Camera e del Senato.

Ma tutto è rimasto lettera morta, non essendo a me noto che un unico Voto o disegno di legge-voto approvato dal Consiglio regionale si sia concretizzato in un provvedimento legislativo dello Stato. Tutto questo ci pone di fronte ad una domanda fondamentale, se noi stessi abbiamo contribuito, approvando una valanga di Voti senz'altro anche per problemi importanti, ma pure per argomenti che meno ci interessano, alla non accettazione di questi nostri desideri, dato che questo istituto non viene considerato con la dovuta serietà dalle istanze romane.

Sono dell'opinione che questo strumento, riservato a sensi dello Statuto al Consiglio regionale, di inviare a Roma Voti e disegni di legge-voto in materie che esulano dalle proprie competenze, dovrebbe essere impiegato in maniera più accorta, onde evitare che in questa valanga di carta, che inviamo a Roma si perdano le cose più essenziali. Producendo dozzine e dozzine di Voti, non dobbiamo meravigliarci, se questi si arrenano in qualche cassetto romano. Questo punto tribunale per i minorenni dell'Alto Adige è una di quelle questioni che dobbiamo inviare a Roma assolutamente con l'aiuto di questo strumento e che intendiamo sostenere con particolari interventi, ed a tal proposito prego il Presidente Bazzanella di intervenire in sede romana con la necessaria coerenza, onde evitare che anche questo Voto, come è accaduto la scorsa legislatura, si arreni in qualche cassetto romano.

La sorte di un giovane, che affronta un giudizio al di fuori dei confini della propria provincia, in un ambiente totalmente estraneo e sradicato dalle cose che solitamente lo circondano, davanti ad un tribunale che non comprende per di più la sua lingua, è piuttosto triste e aggrava la situazione che già di per sé è da considerarsi particolare, trattandosi di giovani al di sotto degli anni 18 e non per caso si sono istituiti per questi giovani travantisi in conflitto con la legge procedimenti speciali, in cui si deve tener conto della difficile situazione psicologica, della problematica dell'ambiente abituale, della famiglia di provenienza e delle sue difficoltà in generale, anziché giudicare semplicemente in base agli articoli del codice penale ed offrire così all'imputato in minore età un ambiente adatto, come il giudice specializzato e la particolare espiazione della pena, che come ha giustamente fatto presente l'oratore che mi ha preceduto, dovrebbe offrirgli la possibilità di reinserirsi perfettamente nella società.

Per i giovani sudtirolesi accade esattamente il contrario. Vengono sradicati dai loro paesi o vallate di montagna e posti davanti



ad un tribunale in una città a loro estranea, che forse non hanno mai visitato, dove nessuno comprende la loro madrelingua. A tal proposito si deve osservare che il problema diviene sempre più urgente, poiché il gruppo di lingua tedesca - anche cinque anni fa abbiamo dovuto illustrare in questo modo il problema, il collega Messner aveva fornito anche i rispettivi dati - sta ricuperando sul gruppo di lingua italiana e questo fenomeno trova anche facili spiegazioni sociali.

Negli anni '50 e '60 erano soprattutto i giovani italiani a presentare una maggiore percentuale di criminalità, naturalmente anche per le difficoltà che il nuovo tessuto sociale poneva attraverso l'emigrazione ed il modo di vivere nelle città e della nuova struttura dei rioni cittadini della popolazione di lingua italiana, per cui, ripeto, fino agli anni '60 la popolazione di lingua italiana presentava una percentuale essenzialmente più alta di criminalità e deviazione giovanile, rispetto a quella di lingua tedesca. Nel frattempo questa popolazione ha recuperato in questo caso la proporzionale poco alettante e ciò per motivi anche comprensibili. In Alto Adige si è notato il fenomeno dell'immigrazione urbana da parte della popolazione di lingua tedesca, ma soprattutto la motorizzazione sia a due, come pure a quattro ruote, - le autovetture non sono alla portata dei minorenni, ma bensì di quelli che hanno già superato la maggiore età - offre maggiori possibilità di abbandonare il proprio paese e di uscire dal controllo sociale della propria comunità in cui si è soliti vivere, ciò che è effettivamente avvenuto. La deviazione e la criminalità giovanili sono raramente consumate nell'ambito del proprio paese, queste si spostano in città o nei centri maggiori, ove viene a mancare il controllo sociale della vita paesana, dell'associazione e di tutta la struttura in cui si è soliti vivere, per la qual cosa viene a formarsi una situazione socio-psicologica incontrollabile.

Vengo ora al disegno di legge-voto. E' stata presentata una serie di emendamenti da parte della lista l'altro Sudtirolo, in Regione si chiama Lista Alternativa, intendo comunque Langer, Franceschini e Tribus, per introdurre norme a tutela dell'uso della lingua tedesca, così sembra a primo acchito, mentre in realtà si raggiungerebbe proprio il contrario qualora si inserissero questi emendamenti nel disegno di legge-voto.

L'S.V.P. lotta da anni per la parificazione della lingua tedesca nell'ambito degli organi di polizia e del tribunale e le rispettive norme di attuazione concordate in seno alla commissione dei 6 sono state inviate al Governo e giacciono ormai da due anni in un

cassetto della Presidenza del Consiglio dei Ministri. Se inserissimo in questo documento legislativo anche soltanto una parte, o aspetti parziali di tali norme non ancora emanate, se ci accontentassimo praticamente di una diversa regolamentazione, ammetteremmo noi stessi di non ritenere più così importanti le norme di attuazione da emanarsi, che giacciono, ripeto, ancora in sede romana. Siamo dell'opinione che la materia riguardante l'uso della lingua debba essere regolamentata attraverso norme di attuazione e non per mezzo di una legge, che potrebbe costituire un precedente pericoloso sotto il profilo costituzionale. Per attuare lo statuto di autonomia nel settore dell'uso della lingua tedesca necessitano norme di attuazione e non leggi dello Stato, mentre l'istituzione di una sezione del tribunale per i minorenni è una modifica all'ordinamento giudiziario penale, rappresentando essa un'eccezione rispetto alla regolamentazione di fondo, secondo cui la sede del tribunale per i minorenni deve essere quella della Corte d'Appello, per cui è necessaria quindi una legge ordinaria. Quindi noi siamo favorevoli al disegno di legge-voto, all'istituzione del tribunale per i minorenni, ma siamo contrari a creare un precedente costituzionale, trasferendo praticamente al parlamento romano la competenza di decidere una regolamentazione sull'uso della nostra lingua, peraltro riservata alla Commissione dei 6, ossia al Governo. Riepilogando affermo:

- 1) la preghiera al Consiglio regionale di impiegare lo strumento del Voto e del disegno di legge-voto in maniera più finalizzata, più consapevole, non ricorrendo troppo spesso a questo strumento, onde non toglierli efficacia nei momenti in cui ne abbiamo effettivamente bisogno. Nel contempo vada anche una preghiera ai Presidenti del Consiglio regionale Sembenotti e della Giunta regionale Bazzanella di sostenere con la necessaria fermezza questo problema importante, che è ancorato del resto nell'accordo di coalizione.
- 2) La urgente necessità di istituire in Bolzano un tribunale per i minorenni, considerando che un giovane del gruppo linguistico tedesco viene strappato dal suo solito ambiente e collocato in altro ambiente a lui estraneo e per di più posto davanti a un tribunale che generalmente non conosce la sua madrelingua.
- 3) Di riservare il problema della regolamentazione della lingua a quelle istanze, cioè alla Commissione dei 6 ed al Governo, come previsto dallo Statuto di autonomia e di non creare pericolosi precedenti, che ricollocherebbe la nostra autonomia in una sede parlamentare).

PRESIDENTE: Chi chiede di intervenire? Prego, assessore a Beccara.

a BECCARA: E' chiaro che non è questa la sede per discutere le finalità che al carcere sono affidate, il carcere dovrebbe punire, ma in pari tempo redimere la persona che è stata incarcerata per aver compiuto violazioni di legge. Io credo ci sia un grosso dibattito culturale e politico su queste tematiche nel nostro paese.

Per quanto riguarda poi più specificatamente il significato, il ruolo che nell'opera di "redenzione" può avere il carcere in riferimento ai minori, io credo che esistano moltissimi dubbi. Non ho pertanto alcuna difficoltà di accedere alla richiesta - a nome della Giunta, dopo essermi confrontato anche con il Presidente - di Langer, il quale dice: almeno che il carcere sia nella nostra regione, nel senso che cioè i giovani, soprattutto di lingua ladina e tedesca, non debbano essere "redenti" in carceri che possono essere a Venezia o a Treviso.

Cosa si possa fare in concreto per questo problema, collega Langer, sinceramente non lo so, ma che comunque questo sia un problema estremamente importante, ancora più delicato e degno di attenzione del collegio giudicante è fuori dubbio. Non so quali strumenti potremmo individuare, però io senz'altro ne parlerò in Giunta e cercheremo di vedere cosa a questo livello si possa fare, per evitare che i giovani debbano scontare la loro pena in carceri addirittura oltre le regioni finitime.

A questo problema credo che una risposta sia data.

Il secondo problema riguarda le difficoltà che questo disegno di legge-voto ha ad essere fatto proprio dal Parlamento. Qui si inseriscono le osservazioni fatte dal collega Peterlini e siamo tutti del parere di limitare questo strumento, previsto dallo Statuto, cioè il disegno di legge-voto ha problemi veramente importanti, proprio per evitare quell'inflazione che poi potrebbe determinare un atteggiamento di non curanza o di latitanza da parte del Parlamento.

Devo dire che questo disegno di legge era stato assegnato al Senato, quindi mancava poco che andasse in discussione, non so comunque come sarebbero andate le cose, anche se la Giunta si era impegnata a far approvare il disegno di legge dal Parlamento.

Per quanto riguarda gli emendamenti proposti dal collega Langer, Franceschini e Tribus, io credo abbia già risposto il collega Peterlini, non vi è ombra di dubbio sulla necessità di usare nei tribunali le due lingue, onde permettere a tutti di parlare nella propria madrelingua, per escludere gli interpreti correndo, fra l'altro,

il rischio di una infedele interpretazione.

Racconto un fatto che mi riguarda. Mio padre era giudice istruttore e lo è stato per parecchi anni anche a Bolzano, però conosceva perfettamente, a differenza del figlio, la lingua tedesca e italiana che aveva studiato a Innsbruck e a Vienna. Chiusa la parentesi.

Mi pare che le norme di attuazione, che sono chiuse nel cassetto da più tempo, si muovano in questa direzione. Io non entro nel merito, non è compito mio, però è fuori dubbio che il problema della lingua nei tribunali è disciplinato dalla norma di attuazione, ha una valenza giuridica che è maggiore della legge ordinaria e pertanto non riesco comprendere lo spirito, con il quale il collega Langer e Tribus abbiano presentato questo emendamento. Di per sé il rifiuto dell'emendamento non equivale ad una non approvazione dello spirito, dell'animus con il quale la norma è stata fatta, però in realtà io non ritengo che questo problema debba essere affidato ad una legge ordinaria, quando invece è oggetto e deve essere trattata dalle norme di attuazione esistenti e future.

Devo dire anche che qualcosa dell'emendamento è superfluo, doce afferma: "Spetta al magistrato che presiede la sezione assicurarsi che tale requisito sia soddisfatto", io credo che non occorre dirlo perché ogni avvocato, qualora questo requisito non fosse rispettato, potrebbe sollevare un'eccezione, ma non è questo il problema. Il problema vero è contenuto in quanto ho accennato prima.

La Giunta regionale ha presentato due emendamenti che erano già stati preannunciati dall'ex Presidente Angeli in Commissione, allorché ha riconosciuto che nel momento, in cui si tratta del giudizio d'appello è opportuno che due esperti vengano nominati non dal Consiglio provinciale di Bolzano, ma dal Consiglio regionale. E' un problema di carattere tecnico invece che i due esperti vengano nominati con decreto del Presidente della Repubblica, come prevede la legge statale del '56 che disciplina il tribunale dei minorenni.

PRESIDENTE: Dichiaro chiusa la discussione generale.

Pongo in votazione il passaggio alla discussione articolata: è approvato a maggioranza con 6 astensioni.

#### Art. 1

In deroga a quanto previsto dall'art. 4 della legge 27 dicembre 1956, n. 1441, è istituita in Bolzano, con competenza su tutto

il territorio del Tribunale civile e penale, una sezione del Tribunale per i minorenni istituito presso la sede della Corte d'Appello di Trento.

La sezione di Bolzano del Tribunale per i minorenni è composta da un magistrato di Corte d'Appello che la presiede, da un magistrato del Tribunale e da due cittadini, un uomo e una donna, esperti in materia di assistenza sociale, scelti tra i cultori di biologia, di psichiatria, di antropologia criminale, di pedagogia, di psicologia, che abbiano compiuto il trentesimo anno di età.

I due esperti devono appartenere, rispettivamente, uno al gruppo linguistico italiano e l'altro al gruppo linguistico tedesco.

Gli esperti vengono nominati con decreto del Presidente della Repubblica, su proposta del Ministro per la grazia e la giustizia, previa designazione di un numero doppio di nominativi da parte del Consiglio provinciale di Bolzano.

#### Art. 1

Abweichend von den Bestimmungen des Art. 4 des Gesetzes vom 27. Dezember 1956, Nr. 1441 wird in Bozen mit Zuständigkeit für da ganze Gebiet des Landesgerichtes für Zivil- und Strafsachen eine Sektion des Jugendgerichtes eingerichtet, da beim Oberlandesgericht Trient errichtet ist.

Die Sektion Bozen des Jugendgerichtes setzt sich aus einem Richter eines Oberlandesgerichtes, der darin den Vorsitz führt, aus einem Richter eines Landesgerichtes und aus zwei Bürgern zusammen, einem Mann und einer Frau, die im Bereich der Sozialfürsorge Sachverständige sind, und die unter Fachleuten für Biologie, Psychiatrie, Kriminalanthropologie, Pädagogik, Psychologie, welche das 30. Lebensjahr erreicht haben, ausgewählt werden.

Von den zwei Sachverständigen muß einer der italienischen Sprachgruppe und der andere der deutschen Sprachgruppe angehören.

Die Sachverständigen werden mit Dekret des Präsidenten der Republik auf Vorschlag des Justizministers nach Namhaftmachung einer doppelten Anzahl von Personen von seiten des Südtiroler Landtages ernannt.

All'art. 1 sono stati presentati due emendamenti, a firma dei cons. Langer, Franceschini e Tribus che recitano:

All'art. 1 sostituire il terzo comma come segue: "I predetti

magistrati ed esperti devono avere piena conoscenza delle lingue italiana e tedesca. Spetta al magistrato che presiede la sezione assicurarsi che tale requisito sia soddisfatto".

All'art. 1 sostituire il quarto comma come segue: Gli esperti vengono nominati con decreto del Presidente della Repubblica, su proposta del Ministro per la Grazia e la Giustizia, previa designazione di quattro nominativi da parte del Presidente del Tribunale di Bolzano e di altri quattro da parte del Consiglio provinciale di Bolzano. Nella votazione relativa ai quattro nominativi espressi dal Consiglio provinciale, ogni consigliere può esprimere una sola preferenza".

Der dritte Absatz ist wie folgt zu ersetzen: "Die vorgenannten Richter und Sachverständigen müssen die italienische und deutsche Sprache voll und ganz beherrschen. Es obliegt dem Richter, der der Sektion vorsteht, zu gewährleisten, daß diesem Erfordernis nachgekommen wird".

Der vierte Absatz ist wie folgt zu ersetzen: "Die Sachverständigen werden mit Dekret des Präsidenten der Republik auf Vorschlag des Justizministers nach Namhaftmachung von vier Personen von seiten des Präsidenten des Landesgerichtes von Bozen und von weiteren vier Personen von seiten des Südtiroler Landtages ernannt. Bei der Abstimmung über die vom Landtag namhaft zu machenden vier Personen kann jeder Landtagsabgeordnete nur eine Vorzugsstimme abgeben".

E' aperta la discussione sul primo emendamento. La parola al cons. Langer.

LANGER: Grazie Presidente. Le chiederei per cortesia di separare la discussione e votazione dei due emendamenti, perchè intendono cose diverse.

Io mi rivolgo alla comprensione dei colleghi proprio perchè mi sembrava, dalla risposta dell'assessore, che ho apprezzato per quanto riguarda l'impegno a proposito del carcere minorile, non ho apprezzato nulla invece riguardo alla questione della lingua e simili, perchè si vede, mi permetto di dire, che non avrà letto bene i nostri emendamenti o comunque non ne ha sicuramente compreso lo spirito.

L'emendamento al terzo comma propone che al posto di due esperti lotizzati tra due gruppi linguistici, uno di lingua tedesca e

uno di lingua italiana, quindi dovrebbero poi avere il loro certificato etnico, si prevede che semplicemente gli esperti come i magistrati togati debbano avere la piena conoscenza delle due lingue. Io ho già cercato di spiegare prima perché, a nostro giudizio, un collegio giudicante, composto da persone scelte in ragione della loro lealtà etnica, tende a compiere la libertà di giudizio dei componenti del collegio, chiamandoli a una sorta di lealtà etnica, perché una volta che questi due esperti siano membri del collegio, l'uno per gli italiani e l'altro per i tedeschi, istituzionalmente questo tende a farli inevitabilmente l'uno avvocato degli italiani e l'altro avvocato dei tedeschi e abbiamo già visto una analoga norma, anche se non l'abbiamo vista all'opera, riguardo al TAR, dove la composizione del Tribunale amministrativo regionale, per quanto riguarda la sezione autonoma di Bolzano, funziona esattamente così e tende a perpetuare una logica di conflittualità etnica.

Ora è ben vero che in materia di giustizia minorile probabilmente i conflitti hanno altra natura e quindi meno facilmente succederà che, anche se non si può escludere in caso di risse, di reati contro la persona o simili, può anche avere un significato così, come può esserci o c'è già stato chi tira giù una bandiera, chi se ne esce con osservazioni poco compatibili col codice, a proposito delle forze armate, dei carabinieri ecc., non è escluso che ci siano anche reati da giudicare che abbiano come sottofondo una situazione di conflittualità etnica, perciò l'idea che a priori questi esperti debbano essere lotizzati e debbano sedere lì in rappresentanza l'uno del gruppo linguistico italiano e l'altro del gruppo linguistico tedesco, ripugna la nostra idea di giustizia, cioè di composizione di collegi giudicanti.

Per questo noi proponiamo che i magistrati e gli esperti che comunque compongono la sezione, debbano avere piena conoscenza di entrambe le lingue, anche se il magistrato che presiede, per ipotesi, venisse da Trento, cosa che nell'ordinamento giudiziario non è affatto escluso, potrebbe essere un magistrato in pianta organica Bolzano col grado di magistrato di Corte d'Appello, ma potrebbe essere anche un magistrato che di volta in volta viene inviato dalla Corte d'Appello a presiedere e in quel caso è nostra cura, con questo emendamento, assicurare che quello conosca l'italiano e il tedesco, cioè che sia un magistrato adatto a svolgere quella funzione, che non sia poi il Presidente quello che non capisce. Ma d'altra parte non si può pretendere, né ci sembrerebbe giusto che, o il Presidente della sezione o i due esperti vengano sottoposti al patentino, perché potrebbero anche

essere residenti nel Trentino, non essendo i due esperti necessariamente pubblici funzionari, ma magari qualcuno di questi è docente all'università di Trento, tanto per fare un esempio concreto, nel senso che i cultori di queste materie dove si troveranno? Si troveranno forse nei servizi assistenza giovani e simili magari dell'ente pubblico e in parte si troveranno all'università di Trento, di Innsbruck, non ci importa.

Il senso della nostra proposta è questo: garantiamo che tutti coloro che giudicheranno questi giovani li capiscano in entrambe le lingue, garantiamo che nessuno in quel collegio sia investito di una rappresentanza etnica e fidiamoci - ma di questo parleremo a proposito del prossimo emendamento - che la nomina di queste persone avvenga in modo tale da offrire le maggiori garanzie di indipendenza e anche di buona scelta e di buona composizione.

Questa è la logica di questo emendamento e nessun'altra e rifiutiamo categoricamente le insinuazioni che si vogliono svuotare delle garanzie, noi vorremmo che queste garanzie fossero il più possibile armonizzate con le esigenze di giustizia, cioè di un giudizio che tenga conto unicamente dei fatti, del contesto, della psicologia, della antropologia criminale e tutte queste cose, ma che non sia invece una giustizia lotizzata, in cui tende a perpetuarsi ulteriormente una conflittualità già precanalizzata per una griglia etnica.

PRESIDENTE: Ha chiesto la parola la cons. Klotz, ne ha facoltà.

KLOTZ: Herr Präsident! Es wäre ansich eine Selbstverständlichkeit, daß die italienischen und die deutschen Richter beide Sprachen beherrschen aber wir müssen in Sachen Südtiroler Gerichtswesen leider immer unterscheiden zwischen einer Sein-Situation und einer Soll-Situation. Wenn man denkt an den derzeitigen Stand der sogenannten Gleichstellung der deutschen Sprache mit der italienischen bei Gericht und Polizei, dann kann man nicht umhin, daran zu erinnern, welchen Wirbel es diesbezüglich bis herauf in die heutigen Tage gibt. Nun, wenn man die Gewähr hätte, daß tatsächlich die Sein-Situation mit der Soll-Situation übereinstimmt, dann könnte man so einer Regelung zustimmen, aber so wie es derzeit liegt, hat man eben überhaupt keine Gewähr, weil sich bis heute die italienischen Richter strickt weigern, eben der Gleichstellung das Plazet zu geben. Ich möchte in diesem Zusammenhang nur an die Selbstverständlichkeit erinnern, mit welcher in der altösterreichischen Gerichtsregelung im Gerichtswesen eben auch die



italienische Muttersprache der Trentiner und der übrigen Zugehörigen zur österreich-ungarischen Monarchie bei Gericht anerkannt worden ist, bis zur letzten Instanz, mit einer Selbstverständlichkeit, ohne großen Streit und ohne große Auseinandersetzungen darüber. Gemessen daran, sind wir heute um viele viele Schritte zurückversetzt. Es gibt diese Gleichstellung eben nicht. Es wäre ja schön und es wäre die natürlichste Sache der Welt.

Aus diesem Grunde, weil das Festhalten der Muß-Situation wiederum nur schönes Papier bliebe, nur schöne Theorie eben und weil bis heute die Muß-Situation nie übereinstimmt mit der praktischen Situation, kann ich diesem Abänderungsantrag namens des Wahlverbandes des Heimatbundes nicht zustimmen, denn wir sehen, daß in Südtirol alles auf zwei Ebenen verläuft, das eine ist die Theorie, laut welcher die schönen Papiere, laut welchen wir Südtiroler in unserer Muttersprache mit den Italienern völlig gleichgesetzt sein müßten. Genauso im Gerichtswesen, wo es eine Selbstverständlichkeit wäre, daß der deutsche Angeklagte eben vollkommen seine Muttersprache gebrauchen kann, in allen Instanzen.

(Signor Presidente, sarebbe logico che i giudici conoscano le lingue italiana e tedesca, ma in materia di tribunali dell'Alto Adige dobbiamo purtroppo distinguere tra una situazione di fatto ed una situazione teorica. Se si considera l'attuale situazione della cosiddetta parificazione della lingua tedesca con quella italiana nei tribunali e presso gli organi di polizia, non si può fare a meno di ricordare quale confusione regna a tal proposito ancora attualmente. Se esistesse la garanzia che la situazione di fatto risponde effettivamente a quella teorica, si potrebbe dichiararsi favorevoli a questa regolamentazione, ma stante l'attuale situazione i giudici di lingua italiana si rifiutano assolutamente di dare il proprio placet alla parificazione. A tal proposito desidero ricordare con quale naturalezza l'ordinamento giudiziario della vecchia Austria aveva riconosciuto nell'ambito giudiziario anche la madrelingua italiana a favore dei trentini e le relative madrelingue di tutti gli appartenenti alla monarchia austro-ungarica fino all'ultima istanza e tutto questo senza vertenze e grandi confronti. Prendendo questo dato di fatto come base oggi siamo retrocessi di molti, molti passi, dato che tale parificazione non esiste. Sarebbe bello se ciò fosse tradotto in realtà, pur essendo simile riconoscimento la cosa più naturale di questo mondo.

Per questo motivo, dato che la situazione di obbligo rimarrebbe scritta con belle parole sulla carta, trattandosi soltanto di

bella teoria e siccome la situazione di dovere non combacia mai con la situazione pratica, non posso votare a favore di questo emendamento a nome del Wahlverband des Heimatbundes, anche per il fatto che in Alto Adige tutto si sviluppa su due piani diversi di cui uno riguarda soltanto la teoria, la bella documentazione, in base alla quale noi sudtirolesi dovremmo essere parificati in materia linguistica agli italiani. Ciò dicasi pure per il settore giudiziario, dove sarebbe naturale che l'imputato di lingua tedesca potesse fare uso della propria madrelingua in tutte le istanze).

**PRESIDENTE:** Chi altro chiede di intervenire sul primo emendamento? La parola al cons. Ferretti.

**FERRETTI:** Il discorso di questo emendamento è certamente suggestivo e appartiene alla logica che il collega Langer sta portando avanti con un certo successo di pubblicistica, da qualche anno, in Alto Adige e che a prima vista sembrerebbe coerente con il modo comune di pensare, se non fosse che riguarda un determinato territorio e riguarda una determinata oggettiva situazione esistente all'interno dello Stato nazionale.

Io voglio rifarmi, per spiegare perché sono contrario a questo emendamento, proprio alle ultime parole pronunciate dal collega Langer, aggiungendone una, non so se le ricordo tutte, ma ricordo le principali. Quando lui ha detto che chi fa giustizia deve tenere conto della psicologia, deve tenere conto della antropologia, io aggiungo: chi fa giustizia deve tenere conto dell'ambiente. E' inconfutabile che non è una garanzia ancora di comprensione e di immedesimazione perfetta nell'ambiente, il bilinguismo, anzi il bilinguismo, nella misura in cui venisse praticato da chi bilingue è venuto da altrove, tanto per dire un caso, potrebbe anche comportare di per sé che non c'è né una capacità di immedesimazione psicologico-ambientale, né antropologico-ambientale, né tanto meno politico-ambientale.

Quindi non è di per sé una prerogativa di garanzia, ma dico di più, sapendo che il discorso è difficile, complesso il mio e non suggestivo, ma un discorso che ha supporti e convinzioni anche di carattere cristiano, nella misura in cui proprio la mia religione e di tanti altri rispetta e ammette le diversità, le valorizza e le enfatizza nella misura in cui diventano prerogativa e arricchimento e non contrasto ed opposizione.

La verità è che il collega Langer, con una pervicacia che sarebbe degna di miglior causa, da anni continua a dimenticare le

diversità esistenti quale qualità di base per arricchimento reciproco e insinua continuamente che le diversità sono posizioni, sono contrasto, sono lotizzazione, ma lotizzazione è anche il bilinguismo che non tiene conto di altro, è l'introduzione di un elemento diverso che può far comodo alla tua o alla vostra parte politica, ma non rispecchia la situazione oggettiva della nostra provincia che ha tre popolazioni, tre culture, tre lingue, tre modi di pensare che devono coesistere nella diversità.

Questo è il discorso certamente non facile, non suggestivo, ma vero che esiste in Alto Adige. E non c'è niente da dire, quanti non sono coloro che vedendo che questo o quel settore è più affollato da questo o quel gruppo linguistico, non osservano che manca, quando colloquiano con questo o quel settore, un interlocutore non solo che li comprenda sul piano della parola e della lingua, che è strumento, ma li comprenda sul piano del sentire, sul piano culturale, sul piano degli atteggiamenti che è cultura, personalità, diversità che fa di ognuno di noi individualmente una persona e di ogni gruppo un gruppo linguistico che ha una sua identità, che posta dinamicamente in senso costruttivo è ricchezza, posta pervicacemente in senso contrastivo diventa povertà.

Ma poiché io credo a questa ricchezza, credo nell'incontro e non nello scontro, e credo nell'immedesimazione di carattere psicologico, antropologico, ambientale, non vedrei come in questo ed in altri settori si debba prescindere dall'appartenenza, nella conoscenza delle due lingue, dei giudici all'uno e all'altro gruppo linguistico, proprio perché anche nella sintesi che riusciranno a produrre e proporre, attraverso una visione che deriva inevitabilmente dai presupposti di carattere culturale e ambientale, loro saranno più sintesi di una sintesi che viene solo dal bilingue, che, come appartenenza di gruppo linguistico, potrebbe essere solo italiano o solo del gruppo di lingua tedesca e quindi creare, già nel momento del giudizio, nel momento del confronto, nel momento del dibattito, un rapporto di non sintonia sul piano degli atteggiamenti di fondo, sul piano delle convinzioni, a volte fondamentali, a volte anche solo intuitive.

So che questo è un discorso difficile, ma continuerò a dire per quello che mi sarà dato dai vari posti dove avrò accesso, che parlare della questione altoatesina non è parlare di una situazione in genere, non è avere i riferimenti comuni, significa tenere conto di quella che è la realtà, significa tenere conto di quelli che sono stati gli strumenti individuati, significa cioè immedesimarsi.

A mio avviso questo emendamento si immedesima solo in parte, solamente per gli aspetti superficiali e strumentali e non per gli aspetti fondamentali.

Con una motivazione, che credo dal mio punto di vista non è superficiale, noi diciamo di no a questo emendamento, perchè sarebbe contrario a una giustizia fatta efficacemente e accettata con convinzione.

PRESIDENTE: Qualche altro chiede di intervenire sull'emendamento? Il cons. Montali, ne ha facoltà.

MONTALI: Avrei detto le stesse cose in un esame generale della legge, purtroppo per un piccolo incidente di interpretazione mi ha preceduto la replica della Giunta, comunque anche nel commento agli emendamenti ne scaturirà il giudizio poi sugli articoli, di una legge che ci vede favorevoli esclusivamente nel principio dell'istituzione in Bolzano del Tribunale dei minorenni, ma non ci trova assolutamente concordi nella logica, dettata dai vari articoli, per arrivare a questo risultato.

Per quanto riguarda l'emendamento Langer, vorrei dire che sia il primo, sia il secondo, e quello che dirò può valere per entrambi, anche se verranno messi in votazione separata, contiene una certa logica che dovrebbe e potrebbe trovarci consenzienti. La logica dell'emendamento, mi pare, si preoccupa che l'intero collegio giudicante sia in grado di conoscere la lingua dell'accusato o dell'imputato, perchè attualmente la legge prevede una sicura conoscenza della lingua da parte di uno dei due esperti, talchè gli altri tre, l'esperto del gruppo linguistico italiano e i due giudici, il Presidente e il giudice togato, non è detto assolutamente che la debbano, la possano o la vogliano conoscere.

Per cui avere, in un collegio giudicante, un esperto in grado di conoscere, di parlare, di capire quello che nella sua madrelingua dirà l'accusato di lingua tedesca, a nostro avviso non appare più un componente del collegio giudicante, ma oserei dire che viene declassato alla esclusiva posizione di interprete.

Ora la logica che segue invece l'emendamento Langer è di garantire che tutto il collegio giudicante sia in grado di capire, perchè poi il giudizio deve essere collettivo.

La seconda logica che si riferisce all'emendamento del quarto comma è quella di sottrarre ad un ente, ad un organismo legislativo, come il Consiglio provinciale di Bolzano, di sottrarre fino ad un certo

limite - perché non la sottrae neanche nella sua proposta - la possibilità di intervenire nella designazione con una certa forza discriminatoria che viene ad essere diminuita dal fatto che i designandi, invece di essere quattro, diventano otto e poi è stata inserita la formula della sola preferenza da esprimere da parte dei votanti che dovrebbe, ripeto, diminuire la possibilità di incidenza sulla scelta dei nominativi.

Sottolineato queste due logiche, che dovrebbero essere comprese e trovare pieno consenso in chi aderisce non solo al principio della legge, ma anche al meccanismo che si è voluto dare alla legge, attraverso i suoi quattro articoli, ma noi non siamo d'accordo sul principio della competenza, ancorché questa sia una legge-voto che arriverà in Parlamento, se ci arriverà e qui concordo con l'appello o con la constatazione che ha fatto Peterlini, questo mare di leggi-voto che poi resta nel cassetto, c'è stato anche un'interpellanza, se la memoria non mi tradisce, di un collega che all'assessore competente - se non addirittura al Presidente - ha chiesto una specie di rendiconto di quello che è stato l'esito nel corso degli anni delle leggi-voto scaturite da questo consesso e purtroppo la risposta in via statistica e commentativa del Presidente o dell'assessore, se ricordo bene, era veramente di una delusione desolante sotto il profilo dell'efficacia di questi strumenti sui quali noi ci confrontiamo.

A prescindere da questo, io affermo che questa legge voto parte dal presupposto che il Parlamento deroghi dalla legge che attualmente regola la composizione dei collegi giudicanti nella magistratura, con determinate forme di designazione e di nomina. Questa legge dovrebbe sostituire quindi attuali regole che presiedono anche alla formazione dei collegi nel Tribunale dei minorenni e nella Corte d'Appello per i minorenni.

E' su questo punto che non concordiamo e cioè non sappiamo se il Parlamento potrà accettare che si unisca alla nomina che spetta al Presidente della Repubblica, su proposta del Ministero delle finanze, che si unisca a questa attuale regolamentazione la presenza di un consesso designante che dovrebbe essere il Consiglio provinciale di Bolzano, per il primo articolo e il Consiglio regionale di Trento per il secondo articolo.

E' questa, a nostro avviso, una capacità giuridica che dovrebbe essere verificata, altrimenti questa legge-voto, oltre portare con sé quella scarsa vitalità, non per quello che dice, ma per il fatto di essere una legge-voto, si porterebbe con sé già il peso di essere

affrontata con scarso favore, se non con contrasti.

Parlando dell'emendamento rileviamo al collega Langer che la dizione - parlo del 3° comma, art. 1 - così come è stata espressa già di per sé potrebbe portare a incertezze e a interpretazioni, perché quando si dice che i magistrati e gli esperti devono avere piena conoscenza delle lingue italiana e tedesca, potrei subito dire che quel magistrato, che dovrebbe presiedere la sezione - seconda parte dell'emendamento - deve assicurarsi che tale requisito sia soddisfatto, l'aggettivo "piena" potrebbe lasciare tante di quelle interpretazioni, la conoscenza piena deve essere scritta, parlata e poi qual è il concetto di conoscenza piena che ciascuno di noi può avere nei confronti della lingua. Poi non dice come i predetti magistrati ed esperti sono obbligati a conoscere tale lingua per un'altra normativa o no? Conosciamo attualmente quali sono le disposizioni che regolano la composizione dei collegi giudicanti, qui non se ne parla.

Ecco perché ripeto quanto dissi in Commissione, e mi fa piacere che l'allora Presidente Bazzanella della I Commissione, recentemente promosso Presidente della Giunta, abbia recepito nella relazione della Commissione stessa quanto io ebbi a sollevare e che risollevo, perché si inserisce proprio nella possibilità interpretativa, nelle competenze di questi emendamenti e anche di quelli successivi.

Non vi è dubbio che questa materia, attendo di poter essere smentito, non con i fatti perché non esistono, ma con la logica, rientra nelle materie della norma di attuazione attualmente ferma e dibattuta presso il Parlamento, dell'uso della lingua nei Tribunali e se è vero che questa norma è ferma proprio perché ci sono valutazioni distantissime, ne accennava la collega Klotz, forse sbagliando, perché ha detto non voluta dai magistrati, forse voleva dire dagli avvocati di lingua italiana, ma comunque non vi è dubbio che questa materia di tutta la legge si inserisce nella tematica di fondo che deve essere risolta ancora dall'uso della lingua nei Tribunali in Alto Adige.

Questo nostro riferirsi alla tematica di fondo, non ci consente, al di là della valutazione che abbiamo dato agli articoli, di trovare la possibilità di dare un voto agli emendamenti, sia pure avendone riscontrato una determinata logica, che sarebbe sicuramente migliorativa degli articoli presentati dalla Giunta.

**PRESIDENTE:** Qualche altro chiede di intervenire? La parola al cons. Peterlini.

PETERLINI: Ich habe eigentlich schon in der Generaldebatte die Haltung der Südtiroler Volkspartei zu den Abänderungen Langer und andere kundgetan.

Im Art. 100 des Autonomiestatutes heißt es: die deutschsprachigen Bürger der Provinz Bozen haben das Recht, im Verkehr mit den Gerichtsämtern und mit den Organen und Ämtern der öffentlichen Verwaltung, also auch mit Gerichtsämtern, die ihren Sitz in der Provinz haben oder regionale Zuständigkeit besitzen, usw., ihre Sprache zu gebrauchen. Grundsatz des Autonomiestatutes.

Und dann heißt es im Art. 107: die Durchführungsbestimmungen zu diesem Statut werden mit gesetzesvertretenden Dekreten nach Einholen der Stellungnahme einer paritätischen Kommission erlassen....usw.

Sie besteht aus zwölf Mitgliedern, bzw. sechs, das sind eben die bekannte Zwölfer- und Sechserkommission. Würden wir hier an das Parlament den Antrag stellen, mit einfachem Staatsgesetz statt mit Verfassungsgesetz die Frage der Sprache zu regeln, würden wir gleichzeitig nicht nur das Autonomiestatut brechen, sondern von dem Verfassungsrang, abgehen, auch unser Mitspracherecht in der Sechser- und Zwölferkommission verlieren und dem Parlament quasi einen Blankoscheck übergeben. Das ist weder vom politischen noch vom verfassungsrechtlichen Standpunkt aus zu rechtfertigen. Wennschon müßte man hinzufügen zu diesem ganzen Begehrensantrag, daß die Durchführungsbestimmungen zur deutschen Sprache, die einvernehmlich von der Kommission verabschiedet worden sind, von der Regierung, die sie seit zwei Jahren in der Schublade haltet, endlich genehmigt werden.

Aber wir können doch nicht einen neuen verfassungsrechtlichen Weg zur Regelung des Sprachgebrauches gehen, deshalb wird die Südtiroler Volkspartei dagegenstimmen.

(Ho reso noto già nel corso della discussione generale la posizione del S.V.P. in merito agli emendamenti presentati da Langer e altri.

L'art. 100 dello Statuto di autonomia recita: "I cittadini di lingua tedesca della provincia di Bolzano hanno facoltà di usare la loro lingua nei rapporti con gli uffici giudiziari e con gli organi e uffici della pubblica amministrazione nella provincia o aventi competenza regionale" ecc. Questo è un principio dello Statuto di autonomia.

L'art. 107 invece recita: "Con decreti legislativi saranno emanate le norme di attuazione del presente statuto, sentita una commissione paritetica" ecc.

Questa è composta di 12 ossia sei membri - trattasi quindi delle note commissioni dei 12 e dei 6. Se proponessimo al Parlamento di regolamentare il problema della lingua con una legge ordinaria dello Stato, anzichè con una legge costituzionale, non lederemmo soltanto lo Statuto di autonomia, ma toglieremmo alla nostra autonomia la caratteristica costituzionale e potremmo perdere così il nostro "Mitspracherecht" nelle commissioni dei 6 e dei 12 consegnando al Parlamento un assegno quasi in bianco, la qual cosa non sarebbe giustificabile nè sotto il profilo politico, nè sotto quello costituzionale. Si dovrebbe semmai aggiungere a questo disegno di legge-voto che le norme di attuazione concernenti l'uso della lingua tedesca, approvate concordemente dalla commissione debbano essere finalmente approvate dal Governo che le tiene da due anni già ferme nel proprio cassetto.

Per regolamentare l'uso della lingua non possiamo improvvisamente scegliere una nuova rotta costituzionale e per questo motivo il S.V.P. voterà contro gli emendamenti).

**PRESIDENTE:** Qualche altro chiede di intervenire? Nessuno. La parola al cons. Langer per la replica.

**LANGER:** Grazie signor Presidente. Credo che la discussione su questo emendamento abbia un certo valore di principio, come peraltro gli argomenti degli intervenuti hanno dimostrato, e un po' chiediamo venia ai colleghi trentini, che così spesso degli argomenti inerenti alla particolare problematica dello Statuto di autonomia, per quanto riguarda il Sudtirolo, qui affollino il nostro dibattito, ma d'altra parte se qui ci occupiamo specificatamente di un argomento, come quello del Tribunale dei minorenni, riferito al Sudtirolo, è inevitabile che questo avvenga, e mi dispiace che troppo spesso questa discussione venga accolta almeno apparentemente, forse mi sbaglio, con un certo fastidio e comunque con un notevole distacco da grandissima parte dei consiglieri espressi dalla Provincia di Trento.

Io mi permetto di chiarire e di replicare agli intervenuti. In primo luogo l'argomento forse più sostanzioso nel merito lo ha portato il collega Ferretti, capogruppo della D.C. Egli dice: quello che voi proponete può essere bello in teoria, anzi è anche di buon senso, ma voi vi dimenticate che il buon senso, per quanto riguarda il Sudtirolo, incontra dei limiti dovuti alla differenziazione esistente tra gruppi etno-linguistici. Io credo, collega Ferretti, che in realtà l'attuale



corso, impresso alle cose, in nome della tutela della diversità dei gruppi etno-linguistico, omologhi sempre più i due gruppi etno-linguistici italiano e tedesco, cioè in nome della presunta tutela più rigorosa, più attenta, più dettagliata, più iperregolamentata, in realtà i due gruppi maggiori della Provincia di Bolzano, quello di lingua tedesca e di lingua italiana, finiscono a essersi sempre più simili, a rispecchiarsi l'uno nell'altro, a diventare sempre di più i custodi da due lati opposti della barriera, i custodi di un complesso normativo sempre più penoso, sempre più meschino, sempre più iperistituzionalizzato. In questo senso la presunta tutela della differenza, che sarebbe anche nostro obiettivo che noi riconosciamo giusto e importante e giustificato, i due gruppi etno-linguistici diversi sempre più diventano custodi del pacchetto, rispettivamente l'uno in nome delle ragioni italiane e l'altro in nome delle ragioni tedesche, o custodi della propria quota in contrapposizione alla quota altrui.

Temo, collega Ferretti, che la sua preoccupazione, che noi ci dimentichiamo delle specificità, della storia, della cultura, sia in realtà un argomento che con più fondatezza andrebbe rivolto ad altri, perché siete voi che sostenete queste norme sempre più omologate la diversità delle persone, delle provenienze, delle sensibilità, delle culture, formando semplicemente dei blocchi, in cui la ricchezza e la pluralità e la differenziazione, di vallate, per provenienze regionali ecc. alla fine si omologa semplicemente nell'essere italiani gli uni e tedeschi gli altri e lo si è in quanto si è contrapposti agli altri, perché alla fine questo diventa il succo della identità che noi andiamo a tutelare attraverso norme sempre più bizantine.

In questo senso la nostra proposta era ed è di non incasellare preventivamente in quattro caselle etniche predeterminate i quattro giudicanti, sono quattro, c'è il Presidente che deve avere il rango di Corte d'Appello, c'è un magistrato col rango di magistrato di Tribunale e ci sono i due giudici non togati che vengono aggiunti. Allora noi auspichiamo ovviamente, collega Ferretti, che nella realtà questi giudici possibilmente abbiano anche storie di madrelingue diverse e quindi sensibilità ambientali diversi, questo ce lo auguriamo, però ci sembrerebbe estremamente penoso e l'esperienza dell'ospedale di Bolzano, tanto per fare un qualsiasi esempio, ci dimostra quanto diventi complicato dire: è previsto che il cardiologo sia tedesco, oppure è previsto che il derentologo sia italiano o viceversa, quanto questo poi renda difficile ed allontani dalla realtà la ricopertura di certi ruoli,

di certe funzioni.

In questo senso, e con questo replico anche al collega Montali, quando noi diciamo che i predetti magistrati ed esperti debbano avere piena conoscenza delle lingue italiana e tedesca e che ne è responsabile il Presidente che presiede, per l'appunto vogliamo evitare una formalizzazione del grado di conoscenza, perchè io sono convinto che quel padre magistrato dell'assessore a Beccara, di cui ha fatto cenno, la sua conoscenza delle lingue non era sottoposta a verifica di patentino, ma era una conoscenza delle lingue che anche nell'esercizio delle funzioni si sarà specializzata, perfezionata, cioè noi sappiamo che il patentino, il semplice possesso di un certificato può garantire a volte un buon livello di conoscenza, altre volte vuol dire che uno prima di far l'esame ha fatto un corso intensivo di un pacchetto di 40 ore, per poi scordarsi tutto dopo l'esame, come avviene con tutti i diplomi, salvo poi esibirlo.

In questo senso, collega Montali, noi non pensiamo che il Presidente debba fare l'esame di bilinguismo agli altri membri del collegio, ma che il Presidente, preoccupato della giustizia essendo Presidente di un organo giudicante, garantisca che ci sia un buon livello, altrimenti arriveremo con la norma così com'è a una situazione, in cui il Presidente, che potrebbe provenire dalla Corte d'Appello di Trento, non comprenda una parola di tedesco, uno dei due esperti, quello di lingua italiana, può anche non capire una parola di tedesco, perchè non è previsto che lo sappia, uno dei due giudici, magistrato del Tribunale di Bolzano, se è entrato in ruolo anteriormente all'obbligo del bilinguismo, potrebbe anche non capirlo, se è entrato posteriormente sarà tenuto ad avere il patentino. Viceversa l'esperto di madrelingua tedesca potrebbe teoricamente anche non conoscere la lingua italiana.

Noi vorremmo proprio evitare una compartimentazione, per cui poi si dice questo imputato è tedesco allora si affida all'esperto di lingua tedesca, la relazione sul caso e grosso modo si delega all'uno o all'altro, cioè vorremmo una reale compartecipazione, una giustizia collegiale, perchè non a caso la legge prevede che non sia un giudice unico, ma ve ne siano più di uno.

Il nostro evitare una formalizzazione precisa del grado di conoscenza della lingua italiana o tedesca aveva anche il senso di dire, sarà affidato al buon senso e alla coscienza del dovere e al rispetto per la legge che il magistrato che presiede dovrà avere, garantendo che il collegio giudicante sia veramente in grado di svolgere consapevolmente e coscienziosamente le proprie funzioni.

Infine rispondo agli interventi dei colleghi Klotz e Peterlini.

Die Kollegin Klotz erinnert daran - und da hat sie bestimmt auch recht - daß allzuoft, das was sein sollte, in der Wirklichkeit nicht vorkommt und diesbezüglich wissen wir, daß z.B. die Justiz in Südtirol ganz schwere Versäumnisse aufzuweisen hat, denn - und das möchte ich hier deutlich auch den Kollegen aus dem Trentino sagen - es stimmt nicht, daß man heute nicht in Südtirol vor Gericht und auch vor der Polizei seine Muttersprache verwenden könnte. Es gibt seit 1960 oder 1961 - der Kollege Benedikter weiß es genau - 1960 wenn ich nicht irre seit 1960 gibt es Durchführungsbestimmungen zum Sprachgebrauch der Justiz, deren ich mich und viele Mitbürger deutscher Muttersprache oft genug bedient haben, ich habe oft genug einen Vorladungsbefehl abgewiesen, weil er nur auf italienisch abgefaßt war und das Gericht hat mir jedesmal Recht geben müssen. Ich habe oft genug darauf bestanden - ich habe öfters mit Gerichten zutun gehabt, als Zeuge, manchmal auch als Angeklagter, auch wegen Schmähung des Heeres z.B. vor Gericht auf deutsch zu sprechen und niemand hat mir das verwehren können. Deshalb muß ich schon auch sagen, es hängt auch damit zusammen, wie weit wir die schon bestehenden Rechte in Anspruch nehmen und mir scheint, daß von den veralteten Durchführungsbestimmungen die Bestimmungen zur Gerichtssprache von 1960 zu den relativ besten Bestimmungen gehören, die im Lauf der Zeit erlassen worden sind. Das heißt also daß man jetzt nicht sagen kann, wenn ein Gesetz nicht durchgeführt worden ist, d.h. weil man es nicht ausprobiert hat, deswegen sei es schlecht, sondern da muß man glaube ich die Durchführung, bzw. die mangelnde Durchführung angreifen und mir scheint, daß man von daher nicht sagen kann, weil bis jetzt die Zweisprachigkeit vor Gericht nicht genügend garantiert war und damit der Gebrauch unserer Muttersprache, deswegen braucht es andere Gesetze, die könnten ja genauso nicht angewendet werden.

Ich glaube also, die bisherigen Gesetze sind ja deshalb nicht angewandt worden, weil sie unanwendbar waren oder weil sie schlecht waren, sondern weil vielleicht zu oft darauf verzichtet worden ist, weil die Richter nicht genügend geschult waren, aus allen möglichen Gründen, aus psychologischen und politischen Widerständen, aber mir scheint eben, daß man da nicht deswegen das abschaffen kann. Schließlich möchte ich dem Kollegen Peterlini etwas sagen: 1. Nicht wir, Herr Kollege Peterlini haben den Regionalrat mit unnützen Beschlüssen überflutet, da müßten Sie vielleicht doch in den eigenen Reihen etwas genauer

nachforschen, bzw. in den Reihen Ihrer nächsten Verwandten, denn wenn sie einmal dieses Verzeichnis nachschauen, wer aller solche angeblich unnütze oder sagen wir wenig relevante Begehren.

Collega Binelli, si metta la cuffia, perché Peterlini adesso sta dicendo che loro non hanno parenti nel Consiglio Regionale...quindi questa è una sconfessione clamorosa della parentela col S.V.P.

...deshalb klopfen sie bei uns; wir haben im ganzen zwei Begehrensanträge in diese Legislatur eingebracht, einen für das Slovenengesetz und einen für ein Minderheitenschutzgesetz und ich glaube, daß das schon berechtigt ist, daß sich unserer Regionalrat dazu äußert. Klammer geschlossen.

Sie sagen, mit diesem Gesetz, mit dieser Regelung möchten wir der Sprachenregelung sozusagen vorgreifen und möchten damit den Grundsatz durchsetzen, daß die Sprachenregelung vor Gericht durch ordentliches Gesetz, anstatt über Durchführungsbestimmungen erlassen wird. Ich möchte vorausschicken, daß wir es nicht für so abnorm hielten, aber das würde jetzt zu weit führen, mit ordentlichem Gesetz dazu jetzt etwas zu regeln, aber ich möchte hier festhalten, daß es hier nicht um die Regelung der Sprachenfrage geht, denn es ist klar, daß dieses Gericht, wenn es in Bozen oder in Südtirol jedenfalls seinen Sitz haben wird, die dort geltenden Bestimmungen zum Gebrauch der Sprachen im Verfahren anwenden wird. Die dort geltenden Bestimmungen zum Zeitpunkt der verschiedenen Verfahren, d.h. wenn dieses Gericht morgen eingesetzt würde, müßte es die Durchführungsbestimmungen von 1960 anwenden, wenn das Gericht in 5 Jahren eingesetzt würde und inzwischen die neuen Durchführungsbestimmungen - hoffentlich nicht so, wie sie die Sechserkommission ausgearbeitet hat - erlassen würden, dann werden sie die neuen Durchführungsbestimmungen anwenden. Aber das ist selbstverständlich.

Hier wird die Materie der Sprachenregelung nicht, auch nicht indirekt berührt, denn es gilt hier die Tatsache, ob die beiden Sachverständigen eine bestimmte Sprachgruppenzugehörigkeit aufweisen müssen oder ob sie nur eine genügende Sprachbeherrschung aufweisen müssen, das berührt die Frage der Verfahrenssprache überhaupt nicht. Natürlich müssen sie die italienische und deutsche Sprache ganz beherrschen, wenn sie dann Durchführungsbestimmungen anwenden sollen, die z.B. den vollen Gebrauch der deutschen bzw. der italienischen Sprache vorsehen und ich glaube Sie werden noch Ihre Wunder erleben, wenn Sie später draufkommen, daß Durchführungsbestimmungen da sind, die eine bestimmte Verfahrenssprache vorsehen und beispielsweise der

vorsitzende Richter vielleicht aus Trient kommt und mit der Sprache überhaupt nichts anfangen kann.

Deswegen glauben wir, daß unsere Bestimmung die straffälligen Jugendlichen besser schützt, als die Ihre, im besonderen wenn sie nicht italienisch können.

(La collega Klotz ricorda non a torto che spesso la teoria non si rispecchia nella realtà e a tal proposito sappiamo che ad esempio la giustizia in Alto Adige registra gravi ritardi, dato che - desidero evidenziare ciò anche ai colleghi del Trentino - non è vero che oggi in Alto Adige si possa usare, come previsto dalla legge, davanti al tribunale e presso gli organi di polizia la propria madrelingua. Dal 1960 o 1961 - il collega Benedikter conosce l'anno preciso - se ben ricordo fu nel 1960 che vennero emanate le norme di attuazione concernenti l'uso della lingua nella giustizia, alle quali molti cittadini di madrelingua tedesca sono spesso ricorsi, io stesso ho respinto più di una volta una citazione perchè redatta soltanto in lingua italiana ed il tribunale mi ha dato sempre ragione. Io ho sempre insistito nei miei contatti con la giustizia che sono stati frequenti come testimone e talvolta anche come imputato, anche per villipendio all'esercito, ad esempio, di fare uso della lingua tedesca davanti al tribunale, cosa che non mi si è mai potuta negare. Per questo motivo devo anche affermare che molto dipende dal fatto fino a che punto noi intendiamo fare uso dei diritti esistenti e mi sembra che delle norme di attuazione nel frattempo già invecchiate, proprio la norma del 1967 concernente l'uso della lingua davanti al tribunale è senz'altro la normativa migliore emanata fino ad oggi.

Ciò significa quindi che non si può proprio affermare che una legge non attuata, vale a dire che non ha fornito prova della propria validità possa essere considerata non adatta, ma invece ritengo che in tal caso si dovrebbe intaccare la carente attuazione anzichè affermare semplicemente che necessitano nuove leggi dato che la bilinguità e anche l'uso della nostra madrelingua davanti al tribunale non è sufficientemente garantita, se non esiste la garanzia che queste nuove norme vengano attuate.

Ritengo che le attuali leggi non sono state applicate non perchè inapplicabili o non adatte, ma perchè troppo spesso si è rinunciato a farne uso, forse anche perchè i giudici non erano sufficientemente preparati o per altri motivi, anche per resistenze psicologiche politiche, ma non credo che si possa abrogare per questi

motivi le norme esistenti. Infine vorrei dire qualche cosa al collega Peterlini:

1) non siamo stati noi collega Peterlini ad invadere il Consiglio regionale con una marea di mozioni inutili, dovrebbe forse far qualche ricerca nelle proprie fila, ossia nelle fila dei suoi prossimi congiunti, poichè esaminando meglio questo elenco si nota chiaramente chi è stato a presentare mozioni inutili o diciamo di minor rilevanza...

Collega Binelli si metta la cuffia, perchè Peterlini adesso sta dicendo che loro non hanno parenti nel Consiglio regionale, quindi questa è una sconfessione clamorosa della parentela con l'S.V.P...

Per questo motivo loro bussano alla nostra porta. Noi abbiamo presentato due voti in questa legislatura, uno per la legge sugli sloveni e la tutela delle minoranze in generale e ritengo giustificato che questo Consiglio regionale si esprima a tal proposito. Chiudo questa parentesi.

Lei afferma che con questa legge o meglio regolamentazione vorremmo anticipare la regolamentazione dell'uso della lingua imponendo il principio che la questione linguistica davanti al tribunale debba essere regolamentata con legge ordinaria dello Stato anzichè con le norme di attuazione. Desidero premettere che ciò non ci sembrerebbe poi così abnorme, ma ci scosteremmo troppo dalla realtà regolamentare o da qualche cosa con legge ordinaria dello Stato, ma desidero farle presente che nella fattispecie non trattasi della regolamentazione dell'uso della lingua, essendo evidente che questo tribunale, avendo la propria sede a Bolzano o comunque in Alto Adige applicherà nei procedimenti le norme ivi vigenti sull'uso delle lingue. Naturalmente intendo le norme vigenti al momento in cui si svolgono i vari procedimenti, vale a dire che se istituissimo domani a Bolzano questo tribunale, dovrebbe applicare le norme di attuazione del 1960 e qualora il tribunale venisse istituito fra 5 anni ed ammesso che nel frattempo si emanassero le nuove norme di attuazione - è sperabile non nel testo elaborato dalla commissione dei 6 - è logico che verrebbero applicate le nuove norme di attuazione.

Nel caso specifico non si tocca minimamente la regolamentazione dell'uso delle lingue, nemmeno indirettamente, trattandosi invece di stabilire se i due esperti devono appartenere a determinati gruppi etnici o se è sufficiente che dimostrino di conoscere entrambe le lingue e ciò non tange minimamente il problema della lingua del procedimento. E' naturale che devono conoscere perfettamente le lingue italiana e tedesca se sono un domani chiamati ad applicare norme di attuazione che potrebbero vedere ad esempio l'uso totale della lingua

tedesca, ossia della lingua italiana e credo che lei stesso ne vedrà delle belle quando più avanti si accorgerà che esistono delle norme di attuazione, le quali prevedono l'uso di una determinata lingua nel procedimento, mentre il presidente della corte proviene da Trento e non sa che farsene della lingua prevista.

Per questo motivo riteniamo che le nostre norme tutelino meglio i giovani in conflitto con la giustizia della sua norma, soprattutto se gli interessati non conoscono la lingua italiana).

**PRESIDENTE:** Dopo la replica del cons. Langer possiamo mettere in votazione l'emendamento al 3° comma dell'art. 1, del quale dō lettura nuovamente:

"I predetti magistrati ed esperti devono avere piena conoscenza delle lingue italiana e tedesca. Spetta al magistrato che presiede la sezione assicurarsi che tale requisito sia soddisfatto".

Pongo in votazione l'emendamento: è respinto con 3 voti favorevoli e 5 astensioni.

Metto in discussione l'altro emendamento, a firma Langer, Franceschini e Tribus al 4° comma dell'art. 1, che ho letto prima.

Chi chiede di intervenire per l'illustrazione? La parola al cons. Langer.

**LANGER:** Abbiamo preso atto con rammarico che non siamo riusciti neanche a convincere i colleghi della Sinistra Indipendente, del P.C.I. e di D.P. con il precedente emendamento e adesso proviamo con questo successivo.

Si tratta di come scegliere gli esperti da aggregare al collegio giudicante. Queste due persone, una donna e un uomo, che dovranno essere uno del gruppo linguistico italiano e uno del gruppo linguistico tedesco, secondo quanto la dizione testé approvata prevede a contrario del terzo comma.

Qui la norma recita che gli esperti vengano nominati con decreto del Presidente della Repubblica, su proposta del Ministro di Grazia e Giustizia, dopo che il Consiglio provinciale di Bolzano abbia proposto un numero doppio di persone, cioè sostanzialmente abbia proposto 4 nominativi per coprire due posti.

Avendo visto come finora ha funzionato questo modo di procedere del Consiglio provinciale di Bolzano, abbiamo il fondatissimo sospetto che il Consiglio provinciale di Bolzano designerebbe quattro persone ritenute affidabili dalla sua maggioranza politica e quindi

presumibilmente due di madrelingua tedesca e due di madrelingua italiana, restringendo assai la scelta di questi magistrati aggiunti da parte del Ministro e quindi sostanzialmente scegliendo nella sede di un organo politico molto piccolo e molto vicino alla situazione, con una compenetrazione tra potere politico e potere giudiziario strettissima, i due esperti.

Allora noi vorremmo aumentare un pochino di più le garanzie di indipendenza e di casualità, se vogliamo, nella scelta di questi due magistrati da aggiungere. Pertanto noi proponiamo che intanto il Consiglio provinciale di Bolzano proponga alcuni nominativi e che altri nominativi vengano proposti dal Presidente del Tribunale di Bolzano, cioè da un organo che almeno dovrebbe non essere di parte, che dovrebbe agire, si spera con equilibrio, senza essere un organo politico e che in questo modo vengano fuori 8 nominativi per due designandi, in modo che poi da un'ulteriore scelta, che spetta al Ministero, come per tutti i Tribunali dei minorenni - questo si potrà poi ridire in altra sede - da questa rosa più ampia vengano poi scelti i due designandi, che dovranno essere, ricordiamo, uno del gruppo linguistico tedesco e uno del gruppo linguistico italiano.

Chiediamo semplicemente questo: allargamento della rosa e introduzione di un criterio meno politicizzato, in modo da rendere questi due magistrati aggiunti un po' meno espressione diretta del Consiglio provinciale di Bolzano.

PRESIDENTE: Chi chiede di intervenire su questo emendamento? Nessuno.

Allora pongo in votazione l'emendamento preletto. E' respinto a maggioranza con 6 voti contrari ed 1 astensione.

E' in discussione l'art. 1 nel suo complesso. La parola al cons. Montali.

MONTALI: Solamente per partire addirittura dall'intestazione di questo disegno di legge-voto, perché, o c'è qualche errore nella battitura o, confesso, non ho capito esattamente di cosa si tratta. L'intestazione della legge dice: "Istituzione in Bolzano di una sezione del Tribunale per i minorenni - e fino qui mi pare chiaro - e di una sezione della Corte d'Appello di Trento per i minorenni". Qui sembra che si tratti di due cose che stiamo istituendo con questa legge, ma se leggiamo il disegno di legge, questo fa riferimento esclusivamente alla sezione del Tribunale per i minorenni.

Pregherei i proponenti di chiarirci come va letta questa



intestazione, perché la legge prevede e parla esclusivamente del Tribunale per i minorenni.

Se quel "e" vuole forse dire presso la Sezione della Corte d'Appello di Trento, allora è comprensibile, altrimenti io non comprendo veramente l'intestazione.

PRESIDENTE: Qualcun altro chiede di intervenire sull'art. 1. La parola all'assessore a Beccara, per la replica.

a BECCARA: A dire il vero non avevo fatto attenzione, nel momento in cui il disegno di legge-voto è stato stilato. Pertanto il mio collega Balzarini è andato a chiedere lumi agli esperti giuristi, perché una risposta all'interrogativo del cons. Montali non sono - lo confesso - in grado di darla. A meno che non si ritenga che è un pleonasma, un riempitivo, un qualcosa del genere, che probabilmente era in un vecchio disegno di legge, che è stato a suo tempo presentato e che poi è rimasto, anche se dobbiamo dire che un qualcosa si modifica nel caso della Corte d'Appello, in quanto gli esperti vengono designati non più dal Consiglio provinciale di Bolzano, ma dal Consiglio regionale. Quindi c'è una modifica anche in questo senso, però che venga istituita di per sé non sembra nemmeno al sottoscritto.

Sollevato il problema, io direi che già a suo tempo il disegno di legge-voto, in questa stesura - abbiamo fiducia anche in coloro che lo esamineranno - è un riempitivo.

PRESIDENTE: Pongo in votazione l'art. 1. E' approvato a maggioranza con 4 voti contrari e 5 astensioni.

#### Art. 2

In deroga a quanto previsto dall'art. 5 della legge 27 dicembre 1956, n. 1441, i due esperti membri della sezione della Corte d'Appello di Trento per i minorenni devono appartenere, rispettivamente, uno al gruppo linguistico italiano e l'altro al gruppo linguistico tedesco.

Essi vengono nominati su designazione di un numero doppio di nominativi da parte del Consiglio provinciale di Bolzano.

#### Art. 2

Abweichend von den Bestimmungen des Art. 5 des Gesetzes vom 27. Dezember 1956, Nr. 1441 muß von den zwei Sachverständigen, die Mitglieder der Sektion des Oberlandesgerichtes Trient für die Jugendlichen sind, einer der italienischen Sprachgruppe und einer der deutschen Sprachgruppe angehören.

Sie werden auf Namhaftmachung einer doppelten Anzahl von Personen von seiten des Südtiroler Landtages ausgewählt.

All'art. 2 sono stati presentati tre emendamenti.

Il primo emendamento, presentato dai cons. Langer, Franceschini e Tribus, recita: sostituire il primo comma come segue: "I due esperti, membri della sezione della Corte d'Appello di Trento per i minorenni, devono avere piena conoscenza della lingua italiana e tedesca. Spetta al magistrato che presiede la sezione assicurarsi che tale requisito sia soddisfatto."

Sempre all'art. 2, secondo comma, l'emendamento presentato dai cons. Langer, Franceschini e Tribus recita: sostituire il secondo comma come segue: "Gli esperti vengono nominati con decreto del Presidente della Repubblica, su proposta del Ministro di Grazia e Giustizia, previa designazione di quattro nominativi da parte del Presidente della Corte d'Appello di Trento e di altri quattro da parte del Consiglio regionale del Trentino-Alto Adige. Nella votazione relativa ai quattro nominativi espressi dal Consiglio regionale, ogni consigliere può esprimere una sola preferenza".

Il terzo emendamento è stato presentato dalla Giunta e recita: il secondo comma dell'art. 2 viene così sostituito: "Essi vengono nominati con decreto del Presidente della Repubblica, su proposta del Ministro per la Grazia e la Giustizia, previa designazione di un numero doppio di nominativi da parte del Consiglio regionale".

Abänderungsantrag zu Art. 2 Absatz 1, eingebracht von den Regionaratsabgeordneten Langer, Franceschini und Tribus.

Der erste Absatz ist wie folgt zu ersetzen: "Die beiden Sachverständigen, die Mitglieder der Sektion des Oberlandesgerichtes Trient für die Jugendlichen sind, müssen die italienische und deutsche Sprache voll und ganz beherrschen. Es obliegt dem Richter, der dieser Sektion vorsteht, zu gewährleisten, daß diesem Erfordernis nachgekommen wird."

Absatz 2: der zweite Absatz ist wie folgt zu ersetzen: "Die Sachverständigen werden mit Dekret des Präsidenten der Republik auf

Vorschlag des Justizministers nach Namhaftmachung von vier Personen von seiten des Präsidenten des Oberlandesgerichtes von Trient und von weiteren vier Personen von seiten des Regionalrats von Trentino - Südtirol ernannt. Bei der Abstimmung über die vom Regionalrat namhaft zu machenden vier Personen kann jeder Regionalratsabgeordnete nur eine Vorzugsstimme abgeben."

Vom Regionalausschuß ist folgende Abänderung eingereicht worden: "Sie werden mit Dekret des Präsidenten der Republik auf Vorschlag des Justizministers nach vorheriger Namhaftmachung einer doppelten Anzahl von Personen von seiten des Regionalrates ernannt".

E' aperta la discussione sul primo emendamento.

La parola al cons. Langer, per l'illustrazione.

LANGER: Ich brauch dazu nicht mehr viel zu sagen, weil diese Bestimmung genau den selben Sinn und Zweck hat, wie die vorher bereits erörterte. Ich erlaube mir nur, den Kollegen Kaserer mit aller Geduld und hoffentlich auch Güte darauf hinzuweisen, daß es wenig Sinn hat, anderen Positionen unterschieben zu wollen, die sie nicht haben. Wir sind nicht - und ich hab das ausdrücklich erklärt - gegen ein Jugendgericht in Bozen, aber wir haben deutlich genug erklärt, warum wir befürchten, daß da ein ähnliches Monstrum zusammengebastelt wird, wie beispielsweise das derzeit noch nicht funktionsfähige Verwaltungsgericht. Es ist kein Zufall, daß bei aller Überreglementierung es so schwer ist, die Richter für dieses Verwaltungsgericht zu benennen, d.h. wir befürchten, daß hier ganz genau dasselbe zustande kommt und wenn wir größere Flexibilitäten wollten und wenn wir eine Ausschließungsbestimmung aus den Gesetzen heraus haben wollten, dann nicht, weil wir uns Wünschen, daß das Gericht ausschließlich von deutschen oder ausschließlich von italienischen Richtern besetzt wird, sondern weil wir auch das Vertrauen haben, daß die Entwicklung in dieser Gesellschaft, wenn man sie nicht künstlich immer mehr auseinanderdividiert, sowieso in die Richtung geht, daß bei einer sagen wir mal unbehinderten, bei einer unbeeinflussten Auswahl selbstverständlich ein Senat, ein rechtsprechender Senat in Bozen eben so zustande kommen wird, daß Vertreter, d.h. Angehörige verschiedener Sprachgruppen drinsitzen und deswegen haben wir diesen Abänderungsantrag auch natürlich im Bezug auf das Oberlandesgericht eingereicht, wo unserer Meinung nach noch viel mehr die Notwendigkeit besteht, eine Bestimmung einzubauen, daß sie beide Sprachen beherrschen, die da zu Gericht sitzen.

(Vi è ben poco da dire a tal proposito, poichè questa norma ha gli stessi senso e scopo di quella precedentemente illustrata. Mi permetto soltanto di indicare con pazienza e spero anche con bontà al collega Kaserer che non ha senso attribuire ad altri posizioni che non hanno mai assunto. Noi non siamo contrari - l'ho dichiarato espressamente - al tribunale per i minorenni in Bolzano, ma abbiamo dichiarato con chiarezza che temiamo l'arrangiamento di un mostro simile al TAR che non è ancora in funzione. Non è un caso che una sovraregolamentazione renda più difficile la nomina di giudici per un tribunale amministrativo, vale a dire che temiamo la ripetizione di simili condizioni e se desideriamo una maggiore flessibilità e veder tolta dalle leggi una norma di esclusione ciò non significa che preferiamo tribunali composti esclusivamente da giudici di lingua tedesca o di lingua italiana, ma piuttosto la nostra fiducia nello sviluppo di questa società, se non si continua a separarla artificialmente, che gioco-forza si orienterà comunque in modo tale che nel caso di una scelta senza preconcetti, diciamo senza influenze esterne chiamerebbe in vita in Bolzano una corte composta da persone appartenenti ai vari gruppi etnici e per questomotivo abbiamo presentato questo emendamento anche in relazione alla Corte d'Appello, per il quale a nostro avviso sussiste ancor di più la necessità di inserire una norma che preveda l'obbligo della conoscenza delle due lingue per chi opera in questo tribunale).

Mi permetto di aggiungere ancora una parola ai colleghi trentini.

Badate che se noi qui chiediamo che anche in sede di Corte d'Appello minorile i giudici abbiano piena conoscenza delle lingue, allora qui "a fortiori" questo è giustificato dall'esigenza di capire. Perché altrimenti in sede d'appello si può dire fin d'ora che il membro che seguirà il processo per conto del minore di lingua tedesca, sarà il membro non togato di madrelingua tedesca che è previsto qui. In un certo senso il Tribunale si serve, come a volte avveniva in guerra, di certi interpreti di guerra. Noi auspichiamo, anche se ormai ovviamente non abbiamo più alcuna fiducia in proposito, che il Consiglio regionale accolga questo nostro emendamento, per garantire una giustizia equa e non intrappolata, né da pastoie etniche, né da non conoscenza linguistica anche in sede di appello.

PRESIDENTE: La parola al cons. Benedikter.

BENEDIKTER: Ja, nur um die Kollegen zu erinnern, daß diese Frage in den Durchführungsbestimmungen, die von der Sechserkommission einstimmig vorgeschlagen worden sind, im Mai 1983, geregelt worden ist, in dem Sinne, daß auch beim Gericht in Trient, das zuständig ist für Südtirol, der Angeklagte das Recht hat, das Verfahren in seiner Sprache abgewickelt zu sehen. Im Zusammenhang mit dem Proporzdekret Nr. 752 von 1976 ist vorgesehen worden, daß im Einvernehmen zwischen dem Justizminister, dem Regierungskommissär, der für die Region zuständig ist und dem Präsidenten des Landesausschusses, vereinbart werden muß, wieviel Richter- und Beamtenstellen des Appellationsgerichtshofes durch zweisprachige Personen besetzt werden müssen, da Trient nicht unter den Proproz fällt.

Es ist vereinbart worden, daß ein Drittel dieser Stellen durch durch echt zweisprachige Personen besetzt wird und daher sollte das gemäß Buchstaben der geltenden Durchführungsbestimmungen das bereits Wirklichkeit sein, so daß es diesbezüglich keine ad hoc Vorschrift braucht.

(Soltanto per ricordare ai colleghi che questo problema trova regolamentazione nelle norme di attuazione proposte nel maggio 1983 all'unanimità dalla commissione dei 6 nel senso che anche nel tribunale di Trento che ha competenza anche sul territorio dell'Alto Adige, l'imputato ha il diritto di veder celebrato il processo nella sua lingua e ciò è anche in certo qual modo previsto nel decreto sulla proporzionale etnica del 1976, n. 752, ove si legge che di concerto con il Commissario del Governo competente per la Regione ed il Presidente della Giunta provinciale di Bolzano, il ministro di grazia e giustizia stabilirà quanti posti di giudice, di funzionario e di impiegati della Corte d'Appello di Trento dovranno essere riservati a persone bilingui, dato che la provincia di Trento non cade sotto la legge della proporzionale etnica.

Si è concordato che circa un terzo dei posti dovranno essere coperti da personale bilingue per cui secondo la lettera della legge, cioè delle vigenti norme di attuazione questa è già una realtà e quindi tale problema non abbisogna di una norma ad hoc).

PRESIDENTE: Qualcun altro chiede di intervenire? La parola alla cons. Klotz.

KLOTZ: Meines Erachtens ist es ebenfalls eine Selbstverständlichkeit,

daß überall dort wo Südtiroler eben betroffen sind, als Angeklagte, von ihrem Recht auf Gebrauch der Muttersprache Gebrauch machen können und selbstverständlich werden beim Oberlandesgericht Trient weiterhin auch Südtiroler ihren Prozeß haben. Nun steht im Bericht andererseits: es stelle eine Diskriminierung dar, wenn im Trentino ebenfalls die Zweisprachigkeit Anwendung finden würde. Wer behauptet denn, daß das Trentino 100%ig einsprachig italienisch ist? Denken wir einmal an die Fersentaler und an andere. Man müßte da, glaube ich, schon mit mehr Toleranz und weniger Ignoranz an diese Dinge herangehen. Aus diesem Grunde werde ich gegen den Abänderungsantrag ohne Unterschrift stimmen.

(A mio avviso è naturale che ovunque, dove vi sono sudtirolesi interessati, intendo come imputati ecc., questi possono fare uso del diritto alla propria madrelingua e naturalmente alla corte d'Appello di Trento anche per i sudtirolesi si celebreranno ulteriormente dei processi. La relazione esprime però un qualche cosa di diverso: sarebbe una discriminazione se anche nel Trentino si applicasse l'obbligo della bilinguità. Chi afferma che il Trentino è al 100% soltanto italiano? Si pensi ad esempio agli abitanti della valle del Fersina e ad altri. Queste cose andrebbero affrontate con più tolleranza e minor ignoranza e per questo motivo voterò contro l'emendamento distribuitoci senza firma).

**PRESIDENTE:** Qualcun altro chiede la parola sul primo emendamento? Nessuno.

Pongo in votazione il primo emendamento. E' respinto a maggioranza con 2 voti favorevoli e 6 astensioni.

La parola al cons. Langer, per l'illustrazione del secondo emendamento.

**LANGER:** Il secondo emendamento propone in primo luogo la designazione avvenga in Consiglio regionale, cosa che anche la Giunta proporrà nel suo emendamento, ed in secondo luogo che si applichi un meccanismo con una rosa più ampia di candidati, in modo da rendere un po' meno politica la designazione.

Per il resto il meccanismo che si prevede è congeniato così da prevedere anche una tutela delle minoranze consiliari. Per questo si propone che nella designazione in Consiglio regionale, ogni consigliere possa esprimere una sola preferenza, in modo da rendere possibile eventualmente anche che le minoranze consiliari esprimano un nome tra i

designandi, visto che noi ci muoviamo in una situazione, in cui le maggioranze sono intorno al 70-75%. Grazie.

PRESIDENTE: Qualcun altro chiede di intervenire sul secondo emendamento? La parola al cons. Marzari.

MARZARI: Brevemente, per dire che in analogia con l'atteggiamento che avevamo tenuto prima, noi voteremo a favore dell'emendamento Langer, anche se notiamo che la Giunta ha preso atto di alcune osservazioni, che sono state avanzate in sede di Commissione e ha sostituito la designazione da parte del Consiglio provinciale di Bolzano con quella del Consiglio regionale.

Questa ci sembra un'utile correzione, che riteniamo sia venuta da una riflessione sul dibattito che si è svolto in Commissione. Faccio però presente alla Giunta che è opportuno dire con quale metodo vengono eletti. Da questo punto di vista l'emendamento Langer, sia adesso come prima, parla di un voto per ogni consigliere. La Giunta è d'accordo o pensa che i voti si esprimano in modo pieno, per cui i designati apparterranno unicamente alle proposte di maggioranza? Perché questo è fondamentale! Quando un Consiglio è chiamato ad esprimere delle proposte, è prassi che vi sia la garanzia e si dia spazio anche a chi è proposto dalle minoranze; non chiedo una cosa fuori dal mondo. Quindi chiedo alla Giunta che rifletta su questo punto e faccia una proposta che consenta quanto avviene in ogni Assemblea democratica.

PRESIDENTE: La parola all'assessore a Beccara per la Giunta.

a BECCARA: Collega Marzari, gli esperti sono due. Fossero tre, io capisco al limite, dato e non concesso, che sia opportuno il discorso di maggioranza e minoranza anche in riferimento ad esperti che debbono essere conoscitori della scienza pedagogica, come la legge statale prevede e quindi anche esperti nell'educazione e così via. Ma, dato e non concesso che sia opportuno fare questo, essendo due gli esperti, credo che al limite si sarebbe dovuto portare il numero a tre. Ma in questo caso non avremmo rispettato la legge statale, che disciplina la composizione dei Tribunali per i minorenni e le sezioni delle Corti d'Appello per i minorenni.

Pertanto credo di fare anche un atto di fiducia nei confronti del Consiglio e mi auguro che le proposte, le segnalazioni non abbiano connotati politici. Questa è la mia osservazione; lo so e sono convinto

che è un vecchio discorso questo, che si presta anche a qualche critica.

PRESIDENTE: La parola al cons. Langer, per la replica.

LANGER: Per la verità, assessore a Beccara, il Consiglio esprimerà quattro nominativi e non due, perché dovrà designare un numero doppio di candidati.

Quindi da questo punto di vista l'esigenza che noi abbiamo nel nostro emendamento e che il collega Marzari ha appoggiato non viene meno, perché alla fine il Consiglio regionale, così come nella nostra proposta era anche per il Consiglio provinciale di Bolzano, designerà appunto 4 membri e spetterà poi al Ministro per la Giustizia sceglierne due da proporre per la nomina al Presidente della Repubblica.

PRESIDENTE: Qualcun altro chiede di intervenire? La parola al cons. Marzari.

MARZARI: Anch'io ritengo che si sarebbe dovuto recepire la richiesta, perché è riferita alle designazioni non tanto al numero di persone che saranno nominate.

La prassi del voto limitato prescinde dal numero di persone che poi risulteranno incaricate o investite di una certa responsabilità. Se ha una logica il designare un numero doppio di persone, è quella di rappresentare un ventaglio di possibilità per chi poi è chiamato a scegliere.

Ora, se si vuole precludere, perché di fatto può succedere così, che possano esserci tra queste persone indicate, persone che hanno il gradimento della minoranza - e questo non vuol dire che non abbiano i requisiti evidentemente per ricoprire un certo posto - e se si vuole evitare questo, andiamo con la logica di maggioranza. Se si vuole recepire quanto avviene in tutte le Assemblee democratiche, cioè il discorso del voto limitato, invito ancora una volta la Giunta a fare una riflessione su questo spunto.

PRESIDENTE: Qualcun altro chiede di intervenire? Nessuno.

Pongo in votazione l'emendamento testé illustrato. E' respinto a maggioranza con 6 voti favorevoli, 2 astensioni ed il resto contrari.

E' in discussione il terzo emendamento, quello presentato dalla Giunta. Qualcuno vuole prendere la parola? Nessuno.

Lo pongo in votazione. E' approvato a maggioranza con 1 voto



contrario e 7 astensioni.

Pongo in votazione l'art. 2 così emendato. E' approvato a maggioranza con 5 voti contrari e 6 astensioni.

Art. 3

Con decreto del Presidente della Repubblica, sentita la Commissione paritetica per le norme di attuazione dello Statuto speciale per il Trentino-Alto Adige prevista dall'art. 107 del D.P.R. 31 agosto 1972, n. 670, la tabella n. 23, allegata al D.P.R. 26 luglio 1976, n. 752, sarà adeguata alle esigenze derivanti dalla presente legge.

Art. 3

Mit Dekret des Präsidenten der Republik wird nach Anhören der im Art. 107 des Dekretes des Präsidenten der Republik vom 31. August 1972, Nr. 670 vorgesehenen paritätischen Kommission für die Durchführungsbestimmungen zum Sonderstatut für die Region Trentino-Südtirol die dem Dekret des Präsidenten der Republik vom 26. Juli 1976, Nr. 752 beigelegte Tabelle Nr. 23 den aus diesem Gesetz erwachsenden Erfordernissen angepaßt.

Chi chiede la parola? Nessuno.

Pongo in votazione l'art. 3. E' approvato a maggioranza con 9 astensioni.

Art. 4

Tutte le spese per il funzionamento della sezione di Bolzano del Tribunale per i minorenni sono a carico dello Stato.

Art. 4

Sämtliche Ausgaben für die Tätigkeit der Sektion Bozen des Jugendgerichtes gehen zu Lasten des Staates.

Chi chiede la parola? Nessuno.

Pongo in votazione l'art. 4. E' approvato a maggioranza con 6 astensioni.

Art. 5

Il Governo stabilisce, entro tre mesi dall'entrata in vigore della presente legge, la data di inizio del funzionamento della sezione di Bolzano del Tribunale per i minorenni.

Art. 5

Die Regierung bestimmt das Datum für den Beginn der Tätigkeit der Sektion Bozen des Jugendgerichtes innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten dieses Gesetzes.

Chi chiede la parola? Nessuno.

Pongo in votazione l'art. 5. E' approvato a maggioranza con 8 astensioni.

Art. 6

Alla data di inizio del funzionamento della sezione di Bolzano del Tribunale per i minorenni gli affari pendenti davanti al Tribunale per i minorenni istituito presso la Corte d'Appello di Trento ora appartenenti, per ragione di territorio, ai sensi degli articoli precedenti, alla competenza della nuova sezione, sono devoluti d'ufficio alla cognizione di questa sezione.

Art. 6

Zu Beginn der Tätigkeit der Sektion Bozen des Jugendgerichtes werden die anhängigen Verfahren des Jugendgerichtes beim Oberlandesgericht Trient, die nun aus gebietlichen Gründen im Sinne der vorhergehenden Artikel in die Zuständigkeit der neuen Sektion fallen, von Amts wegen dieser Sektion zur Erledigung unterbreitet.

Chi chiede la parola? Nessuno.

Pongo in votazione l'art. 6. E' approvato a maggioranza con 9 astensioni.

Dichiarazioni di voto. La parola al cons. Langer.

LANGER: Danke Herr Präsident! Wir müssen nun leider gegen diesen

Gesetzentwurf stimmen, weil wir sehen darin - vor allem wenn man ihn im Kontext der anderen Maßnahmen, der anderen, zum Teil schon erlassenen, zum Teil erst geplanten Maßnahmen im Justizwesen sieht - die vorgeblich zur Wahrung des Rechts auf Muttersprache eine ethnische Aufspaltung der Justiz betreiben, also in diesem Kontext sehen wir auch in diesem Gesetzentwurf einen weiteren Schritt, der es in unseren Köpfen und in den Köpfen der Bevölkerung selbstverständlich machen soll, daß die Gerechtigkeit vor allem davon abhängt, daß sie von Menschen der gleichen Sprache verwaltet wird. Nun möchten wir gewiß nicht aberkennen, daß - wie Kollege Ferretti in der Diskussion hervorgehoben hat und sicher viele andere im Hause auch denken - daß die mit der Justiz betrauten Personen auch das Milieu, in dem sie urteilen, das Milieu aus dem die Angeklagten, die Zeugen kommen usw., von kennen müssen und daß deswegen selbstverständlich die besseren rechtsprechenden Senate in unserer Situation immer die sein werden, die aus Angehörigen aller Sprachgruppen bestehen.

Genauso wie wir überzeugt sind, daß die besseren politischen Formationen aus Angehörigen aller Sprachgruppen bestehen, daß die besseren Gewerkschaften aus Angehörigen aller Sprachgruppen bestehen usw. aber in einem Kontext, wo die Gesellschaft in Zusammenleben der Menschen in Südtirol ständig und mit System auseinanderdividiert und entmischt wird und also an der Basis Unkenntnis, Feindseeligkeit, gegenseitige Entfremdung gesät wird, sehen wir halt dann diese Wiederezusammenführung an der bürokratischen Spitze im Landtag, im Regionalrat in den Regierungsausschüssen, in den proporzgeregelten Gremien, nicht nur als einen zu schwachen und zu blassen Ersatz für das Zusammenleben in der Realität, sondern vor allem auch als ein weiteres Mittel, um letztlich das Prinzip der ethnischen Loyalität und der ethnischen Zuordnung an die Spitze aller übrigen Grundsätze zu stellen und diese Selbstverständlichkeit wird mit dem vorliegenden Gesetzentwurf - sollte er dann vom Parlament auch verabschiedet werden - noch um ein Stück weitergetrieben. Es wird um ein weiteres Stück selbstverständlicher, daß in Südtirol gewissermaßen jeder Bürger vor allem seine Zuordnung auf die eigene Sprachgruppe als Garantie für Unparteilichkeit, für Gerechtigkeit, für Achtung der eigenen Rechte usw. finden muß, womit auch umgekehrt das Mißtrauen institutionalisiert wird, daß jemand der eine andere Sprache spricht, von vorne herein befangen, von vorne herein weniger gerecht vorgehen könnte und je mehr dieses Mißtrauen vom Gesetz etabliert und anerkannt wird, desto mehr wird sich dieses Mißtrauen auch in der Realität durchsetzen, was wir ja von Tag zu

Tag merken.

Deswegen können wir, nachdem der Regionalrat unseren Abänderungsanträgen nicht zugestimmt hat, unsererseits dem Gesetz nicht zustimmen, so sehr wir es begrüßen würden, daß die Jugendgerichtsbarkeit endlich Südtirolbezogener wird und so sehr wir es vor allem auch begrüßen würden, daß die sprachliche Isolierung für Jugendliche aus Südtirol, die deutscher oder ladinischer Muttersprache sind und die derzeit ihre Jugendhaft total außer Land verbringen müssen, endlich aufgehoben wird und das - allerdings schon die letzte Regionalregierung vor 5 Jahren hier versprochen hat - endlich tätig wird, um ein entsprechendes Einvernehmen mit dem Justizministerium herbeizuführen, damit dieser Zustand, für den es also keinen weiß Gott wie großen Aufwand braucht und unter Wahrung der Grundsätze des Sprachenrechts eine Lösung findet.

(Signor Presidente, purtroppo siamo costretti a votare contro il presente disegno di legge in quanto constatiamo - soprattutto se viene letto nel contesto di altre norme riguardanti la giustizia che in parte sono già state emanate ed in parte sono ancora in cantiere - che per salvaguardare il diritto dell'uso della madrelingua sono protese ad una divisione etnica nella giustizia, dunque in questo contesto notiamo un ulteriore passo in questa direzione anche nel presente disegno di legge, volendo chiarire a noi e naturalmente anche alla popolazione che la giustizia dipende unicamente dal fatto, se risulta essere amministrata da persone che parlano la stessa lingua. Non vogliamo certamente disconoscere che - come ha rilevato nel corso della discussione il collega Ferretti che certamente rispecchia il pensiero di molti altri che siedono in questo consesso - chi è incaricato della giustizia deve conoscere l'ambiente in cui giudicano, l'ambiente da cui proviene l'imputato, i testi ecc., per cui le migliori corti di giustizia, data la nostra situazione, saranno sempre quelle composte da membri appartenenti a tutti i gruppi etnici.

Siamo altrettanto persuasi che le migliori formazioni politiche sono formate da appartenenti a tutti i gruppi etnici, che i migliori sindacati sono quelli formati da lavoratori di tutti i gruppi linguistici ecc., ma in un contesto, dove la società, come in Alto Adige viene continuamente divisa con un sistema nella convivenza tra persone, seminando ignoranza, inimicizie e reciproca estraneità, questa riunione al vertice burocratico nel Consiglio provinciale, nel Consiglio regionale, nelle Giunte e in tutti i consessi regolati dalla

proporzionale, ci sembra essere non solo un mezzo sostitutivo debole per la convivenza nella realtà, ma soprattutto un ulteriore mezzo per anteporre in definitiva il principio delle lealtà e assegnazione etniche a tutti gli altri principi e questa naturalezza viene ulteriormente sviluppata nel presente disegno di legge, premesso che il Parlamento lo accetti. Diventa pertanto ancor più naturale che in Alto Adige ogni cittadino deve considerare in certo qual modo come garanzia di equità, giustizia e rispetto dei propri diritti ecc. soprattutto l'inserimento nel proprio gruppo etnico, per cui si istituzionalizza viceversa la sfiducia che, chi parla un'altra lingua deve trovarsi già di per sé a disagio e potrebbe anche non agire equamente e più si riconosce e si evidenzia questa sfiducia in una legge, maggiormente il senso di sfiducia si imporrà anche nella realtà, la qual cosa può essere notata di giorno in giorno.

Siccome il Consiglio regionale non ha approvato i nostri emendamenti, non possiamo votare a favore della legge, pur applaudendo se la giustizia riservata ai giovani fosse più riferita alla situazione dell'Alto Adige e per quanto anche saremmo favorevoli all'eliminazione dell'isolamento linguistico dei giovani altoatesini di lingua tedesca e ladina, reclusi attualmente in istituti completamente estranei alla loro terra e che la Giunta regionale, come promesso già 5 anni or sono, intervenisse finalmente per concludere un accordo col ministero di grazia e giustizia e porre fine a tale situazione, che non impegnerebbe chissà quali grandi cifre, in ossequio ai principi del diritto alla propria lingua).

PRESIDENTE: Ha chiesto la parola il cons. Tonelli. Ne ha facoltà.

TONELLI: Anche noi votiamo contro questo disegno di legge-voto, con una motivazione identica che abbiamo assunto per quanto riguarda l'elezione del Tribunale amministrativo regionale, cioè noi siamo contrari a che membri di collegi giudicanti siano eletti da parti politiche.

Quindi l'ultimo comma dell'art. 1 del disegno di legge-voto, così come è stato approvato dal Consiglio regionale, ci vede costretti ad assumere una posizione di principio, già assunta per il Tribunale amministrativo regionale e cioè di assoluta contrarietà a queste modalità di nomina del Tribunale.

Siamo anche noi però evidentemente d'accordo che i minori vengano giudicati da Tribunali che diano garanzie di comprendere fino in fondo la loro realtà sociale, culturale, linguistica, ecc.. Ed è per

questo che ci siamo astenuti sul primo emendamento della Lista per l'altro Sudtirolo, perché finora sono convinto che la sola conoscenza, anche perfetta, della lingua dell'imputato non sia sufficiente, soprattutto se l'imputato è un minore, a cogliere gli aspetti sociali, culturali e antropologici generali, che possono aver portato a commettere un determinato reato.

Del resto io credo che, se guardiamo alla situazione degli Stati Uniti d'America, dove le giurie bianche hanno giudicato per anni gli imputati neri, pur conoscendo perfettamente la lingua, che è la stessa evidentemente, perché da 400 anni i neri e i bianchi parlano la stessa e identica lingua, eppure i neri hanno continuato a rivendicare giurie dello stesso colore. Evidentemente soltanto attraverso la caratteristica razziale, in quel caso, era ed è possibile probabilmente conoscere tutto il contesto sociale, culturale, politico, antropologico, ecc., in cui vengono espressi determinati reati o comportamenti devianti, soprattutto giovanili, all'interno della società. Bisogna vivere fino in fondo una determinata situazione, per conoscerne tutte le implicazioni.

LANGER: (Interrompe).

TONELLI: Certo, sarebbe molto più utile.

Quindi sono queste le motivazioni per le quali noi siamo rimasti perplessi su un auspicio interetnico, che se è molto valido dal punto di vista etico - non so come si possa dire - lascia molto a desiderare, secondo il mio punto di vista, negli aspetti pratici dell'eventuale esplicitazione di questa convinzione.

Comunque il nostro voto è un voto contrario per le motivazioni di principio che dicevo prima.

PRESIDENTE: La parola alla cons. Klotz.

KLOTZ: Zu einer kurzen Stimmabgabeerklärung: Ich werde namens des Wahlverbandes des Heimatbundes für diesen Begehrensgesetzentwurf stimmen und zwar zum ersten einmal weil es eine längst fällige notwendige Regelung beinhaltet, daß nämlich die Sektion des Jugendlandesgerichtes in Bozen errichtet wird. Ich möchte aber erklären, daß ich diesen Entwurf nicht frei von verschiedenen Mängeln halte, so z.B. daß tatsächlich nicht die genügende Gewähr und Sicherheit geboten wird, daß tatsächlich die Jugendlichen deutscher Muttersprache auch in jeder

Hinsicht dieses Recht anwenden werden können, weil - wie gesagt - immer der Unterschied besteht zwischen dem was laut Papier sein sollte und dem was dann in Wirklichkeit geschieht, aber es ist zumindest der Versuch einer Regelung dieser sehr notwendigen Materie und aus diesem Grunde werde ich mit ja stimmen.

(Una breve dichiarazione di voto. A nome del Wahlverband des Heimatbundes voteremo a favore di questo disegno di legge-voto, dato che in primo luogo contiene una regolamentazione già da tempo necessaria, vale a dire l'istituzione a Bolzano della sezione del tribunale per i minorenni. Desidero però dichiarare che non ritengo il presente disegno di legge immune da determinate carenze, poichè, ad esempio, non sono date sufficienti garanzie e sicurezza che i giovani di madrelingua tedesca possano richiedere in ogni senso il rispetto del loro diritto. Infatti come già detto, esiste sempre una differenza tra le norme contenute sulla carta e la realtà effettiva, ma si tratta pur sempre di un tentativo di regolamentare una materia per noi tanto necessaria e per questo motivo esprimerò voto favorevole).

PRESIDENTE: La parola al cons. Binelli.

BINELLI: Molto brevemente, signor Presidente, per dichiarare la nostra posizione, che è favorevole a questo disegno di legge-voto.

E' chiaro che ci potranno forse essere delle riserve, esternate anche da altre forze politiche, però la sostanza deve essere sbloccata.

Si tratta di un disegno di legge-voto e quindi di una non legge, per cui sappiamo che l'iter successivo sarà ben diverso, in quanto questa è una proposta che esula dalla sfera di competenze della Regione che per Statuto può però formulare disegni di legge-voto.

E' evidente che ci sarà un iter successivo, questo documento vuole essere uno stimolo per il Governo, affinché proceda secondo i dettami di norma, offre inoltre un indirizzo al Governo sul come emanare il provvedimento per istituire la sezione della Corte d'Appello per i minorenni in Provincia di Bolzano.

Ebbene, con queste considerazioni noi diciamo che siamo favorevoli, anche perché è un provvedimento ripresentato nella IX legislatura, ma che era già stato presentato e approvato nella VIII, in parte modificato rispetto alla originaria versione e adattato e meglio calibrato alle nuove esigenze. Quindi ritengo che non si debba

rallentare ulteriormente la procedura.

E' il motivo per il quale noi diamo il voto di adesione positivo a questo provvedimento, con la convinzione che poi l'iter successivo sia quanto mai celere e non venga a decadere per uno dei tanti intoppi di carattere politico a livello romano.

E' una sezione, di cui la Provincia di Bolzano rivendica legittimamente la costituzione, in quanto prevista dallo Statuto di autonomia; è chiaro che di fronte a tale richiesta legittima noi dobbiamo dare il nostro assenso e quindi l'appoggio a questo disegno di legge-voto.

PRESIDENTE: Ha chiesto la parola il cons. Benedikter. Ne ha facoltà.

BENEDIKTER: Ich möchte einen Punkt klären in diesem Zusammenhang. Wir stimmen selbstverständlich für diesen Antrag ans Parlament und ich muß daran erinnern, daß die Regierung an sich versprochen hat, einen Appellationsgerichtshof in Bozen zu errichten und dazu gehört auch das Jugendgericht. Wenn es dazu kommt - dazu braucht es einfach ein Staatsgesetz, das könnte nicht mit Durchführungsbestimmungen gemacht werden - dann erübrigt sich dieses Gesetz. Aber es ist leider so, daß wir bis heute nicht mit Bestimmtheit wissen, ob es dazu kommt. Die Regierung hat diesbezüglich noch keinen Gesetzesentwurf vorgebracht und beim Stand der Dinge bin ich der Ansicht, daß eben dieser Antrag, dieses Begehren des Regionalrates tatsächlich also sinnvoll und nützlich ist und daß es auch unter Umständen die Regierung veranlassen kann, den entsprechenden Antrag einzubringen, sodaß dieses Problem endlich nach langer Zeit eben radikal gelöst werden könnte und nicht nur einsichtlich der Jugendgerichtsbarkeit, sondern allgemein durch die Errichtung des Appellationsgerichtshofs in Bozen.

In diesem Sinne bin ich der Ansicht, daß der Regionalrat mit der Verabschiedung dieses Begehrens einen wichtigen Beschluß faßt und ich danke allen jenen, die dafür stimmen werden.

(A tal proposito desidero chiarire un punto. Naturalmente voteremo a favore di questa proposta rivolta al Parlamento e devo ricordare che il Governo ci ha già promesso di istituire in Bolzano una Corte d'Appello, della quale il Tribunale per i minorenni ne è parte integrante. Se ciò dovesse avvenire, tale istituzione avverrà con legge ordinaria dello Stato, non essendo possibile provvedere a tanto con norme di attuazione. In tal caso il presente provvedimento sarebbe



inutile. Ma purtroppo fino ad oggi non sappiamo con certezza se quanto detto verrà tradotto in realtà. Il Governo non ha presentato a tal proposito alcun disegno di legge e data la situazione attuale sono convinto che questo disegno di legge-voto del Consiglio regionale ha effettivamente un grande senso e potrà rivelarsi utile e suggerire al Governo di presentare al Parlamento il necessario disegno di legge, che risolverebbe radicalmente dopo tanto tempo questo problema e non soltanto riguardo la giurisdizione riservata ai giovani, ma anche riguardo la problematica in generale istituendo in Bolzano la Corte d'Appello.

In tal senso sono dell'opinione che il Consiglio regionale, approvando questo Voto prenderà una decisione assai importante e ringrazio tutti coloro che esprimeranno voto favorevole).

PRESIDENTE: Ha chiesto la parola il cons. Meraner. Ne ha facoltà.

MERANER: Bei der Abstimmung zu den einzelnen Artikeln habe ich mich der Stimme enthalten, weil ich mit dem Inhalt der einzelnen Artikel zum Teil nicht einverstanden sein kann. Ich werde aber für das Ganze trotzdem stimmen, weil ich der Meinung bin, daß unsere jungen Leute und auch die Angehörigen dieser jungen Leute ein Recht darauf haben, daß dieser Gerichtshof nach Bozen, nach Südtirol kommt. Auch wenn der vorliegende Text nicht zur vollen Zufriedenheit ausgefallen ist, müssen wir doch zugeben, das es im Vergleich zu dem, was wir jetzt haben, doch ein Fortschritt ist. Es ist besser, wenn auch nicht befriedigend und deshalb werde ich für die Gesamtheit des Gesetzes stimmen.

(Durante la discussione articolata mi sono astenuto dalla votazione poichè non posso parzialmente condividere il contenuto dei singoli articoli. Ma ciò nonostante voterò a favore del provvedimento nel suo complesso, essendo io dell'opinione che i nostri giovani ed i loro parenti hanno il diritto di vedere istituito questo tribunale nella città di Bolzano, vale a dire in Alto Adige, anche se il presente testo non può essere ritenuto pienamente soddisfacente, dobbiamo ammettere che a confronto di quanto disponiamo ora, è pur sempre un progresso. E' sempre meglio di nulla e se anche non può essere ritenuto, ribadisco, soddisfacente voterò comunque a favore del Voto nel suo complesso).

PRESIDENTE: Qualcun altro chiede di intervenire in sede di dichiarazione

di voto? Nessuno.

Procediamo con la votazione del disegno di legge-voto nel suo complesso.

(Segue votazione a scrutinio segreto)

Esito della votazione:

votanti 46

sì 33

no 7

schede bianche 6.

Il Consiglio regionale approva.

La parola al cons. Benedikter.

BENEDIKTER: Ich möchte kurz beantragen jetzt Schluß zu machen und die Sitzung vertagen, da für gewisse Gesetzentwürfe, die auf der Tagesordnung sind Verhandlungen innerhalb des Regionalrates Verhandlungen gepflogen werden sollten; es sind andere Gesetzentwürfe eingereicht worden heute haben wir einen bekommen, der sich mit den Sanitätseinheiten befaßt und da die beiden Gesetze - eines ist hier auf der Tagesordnung, das andere ist bereits eingereicht - irgendwie gemeinsam gesehen werden und diesbezüglich eine Entscheidung gefällt werden sollte. Deshalb beantrage ich die Vertagung der Sitzung.

(Desidero proporre di chiudere ora la seduta, dato che per determinati disegni di legge posti all'ordine del giorno si devono avviare trattative nell'ambito del Consiglio regionale; saranno inoltre presentati altri disegni di legge, di cui uno ci è stato oggi distribuito che riguarda la materia delle Unità sanitarie locali e siccome i due provvedimenti, uno si trova già all'ordine del giorno e l'altro è stato appena presentato, devono essere esaminati in modo unitario per giungere a tal proposito ad una conclusione, propongo di rinviare la seduta ad altro giorno).

PRESIDENTE: Sullo stesso argomento hanno chiesto di intervenire i cons. Mitolo e Langer.

Prego, cons. Mitolo.

MITOLO: Signor Presidente, io purtroppo non posso condividere le tesi del cons. Benedikter. C'è una serie di argomenti all'ordine del giorno

ormai da mesi, che vanno esauriti, per toglierceli proprio dai piedi.

Credo che in un paio d'ore oggi, nel pomeriggio, potremmo senz'altro eliminare questi punti all'ordine del giorno, che sono lì da troppo tempo: varie mozioni, varie considerazioni, varie richieste formulate con leggi-voto e via di seguito.

Una volta tanto togliamoci il fardello di questi pesi, che trasciniamo ormai da troppi mesi.

Fra il resto, siccome è stata convocata anche la commissione di convalida per le ore 17, qualcuno di noi deve rimanere per partecipare a questa Commissione. Io pregherei di non sospendere, ma di continuare la seduta.

PRESIDENTE: La parola al cons. Langer.

LANGER: Signor Presidente, anch'io in realtà chiederei proprio di continuare la seduta e in questo senso mi esprimo contro la proposta del collega capogruppo del S.V.P.

In particolare perché abbiamo da più di un anno all'ordine del giorno la proposta relativa alla questione del distacco di Sigmundskron dal comune di Bolzano.

Questa è una proposta che la popolazione ha il diritto di vedere finalmente affrontata e trattata dal Consiglio regionale. Ricordo che nell'ultima occasione in cui il Consiglio se ne era occupato, era stato assicurato, se non ricordo male anche dalla Presidenza, che il rinvio sarebbe stato brevissimo, altrimenti con quale fiducia la popolazione può rivolgere una qualsiasi petizione al Consiglio regionale, se rimane lì giacente per oltre un anno. Questo veramente non è possibile.

Inoltre abbiamo all'ordine del giorno se non altro il bilancio del Consiglio regionale e almeno quello potrebbe essere esaurito.

E' chiaro che anch'io sarò influenzato dal fatto che essendo membro della Commissione di convalida, sono convocato per le ore 17 e non vedo nessuna possibilità corretta di spostare la riunione della Commissione, perché qualche membro non è in aula e non sappiamo se alle 17 verrà o meno, quindi mi pare che non si possa né anticiparla, in assenza di questi membri, né disdirla, salvo che decidere con il trucchetto della mancanza del numero legale.

Quindi mi sembrerebbe più corretto rispettare la convocazione del Consiglio, non avendo tra l'altro sentito nessun argomento di impossibilità. Grazie.

PRESIDENTE: Tenuto conto delle proposte pro e contro, visto che noi avevamo previsto la convocazione per tutto il giorno, tenuto conto che alle ore 17 sicuramente si dovrà svolgere la seduta della Commissione di convalida, l'interruzione sarebbe fuori luogo. Ci sono inoltre molti argomenti che attendono da tempo di essere trattati.

Penso che dobbiamo continuare la seduta come inizialmente previsto.

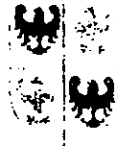
Pongo in votazione la proposta di rinvio. Prego sia controllato il numero legale. La proposta è approvata a maggioranza con 19 voti favorevoli, 12 contrari e 6 astensioni.

Il Consiglio sarà convocato a domicilio.

La seduta è tolta.

(Ore 12.40)

A L L E G A T I



CONSIGLIO REGIONALE DEL TRENINO - ALTO ADIGE  
REGIONALRAT TRENTINO - SÜDTIROL

IX<sup>a</sup> Legislatura - 1985

Trento, 14 novembre 1985

N. 59

Al Signor

Presidente del Consiglio regionale

I N T E R R O G A Z I O N I

I sottoscritti consiglieri regionali rivolgono all'assessore regionale Antonio a Beccara, competente per gli enti locali, la seguente interrogazione, per sapere se è già prevista la distribuzione a tutti i consiglieri comunali il "Manuale per i consiglieri comunali della Regione Trentino Alto Adige", recentemente rielaborato in una nuova edizione, caso contrario i sottoscritti intendono sapere se la Giunta regionale non sia dell'avviso di provvedervi in merito.

Si richiede risposta scritta.

I Consiglieri regionali

F.ti Alexander Langer

Arnold Tribus

Roberto Franceschini

Pervenuta alla Presidenza del Consiglio regionale  
in data 14.11.1985, Prot. N. 852



CONSIGLIO REGIONALE DEL TRENTINO - ALTO ADIGE  
REGIONALRAT TRENTINO - SÜDTIROL

9. Gesetzgebungsperiode - 1985

Trient, 14. November 1985

Nr. 59

An den Herrn  
" PRÄSIDENTEN DES  
REGIONALRATES

---

A N F R A G E

Die unterzeichneten Abgeordneten richten hiermit folgende Anfrage an den Regionalassessor Antonio a Beccara, zuständig für die Gebietskörperschaften, um zu erfahren, ob bereits geplant ist, das kürzlich überarbeitete und neu aufgelegte "Handbuch für die Gemeinderäte in der Region Trentino-Südtirol" allen Gemeinderatsmitgliedern zu überreichen, oder ob - andernfalls - der Regionalaussschuss nicht auch der Ansicht ist, dass dies geschehen sollte

Wir bitten um schriftliche Beantwortung

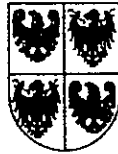
gez. DIE REGIONALRATSABGEORDNETEN

Alexander Langer

Arnold Tribus

Roberto Franceschini

Beim Präsidium des Regionalrats am  
14.11.1985 eingegangen, Prot.Nr 852



**CONSIGLIO REGIONALE DEL TRENINO - ALTO ADIGE**  
**REGIONALRAT TRENINO - SÜDTIROL**

IX<sup>a</sup> Legislatura - Anno 1985

Trento, 21 novembre 1985  
prot. n. 874 Cons. reg.  
del 26 novembre 1985

**REGIONE TRENINO-ALTO ADIGE**

**L'Assessore**

**per gli Enti locali e i servizi elettorali**

Prot. n. EL/XIII/26580

Egregio Signor  
Dr. Alexander LANGER  
Consigliere regionale  
39100 BOLZANO - Casella Postale 396

Egregio Signor  
Arnold TRIBUS  
Consigliere regionale  
39100 BOLZANO - Pacherstrasse, 2/H

Egregio Signor  
Roberto FRANCESCHINI  
Consigliere regionale  
Gruppo Lista Verde  
38100 TRENTO - Palazzo della Provincia

e, per conoscenza

Egregio signor  
dott. Guido SEMBENOTTI  
Presidente del Consiglio regionale  
S E D E

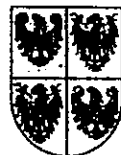
**OGGETTO: Risposta all'interrogazione n. 59/IX<sup>a</sup> Legisl. - 1985.**

In relazione all'interrogazione presentata dalle SS.LL. in data 14 novembre 1985, posso far presente che la Giunta regionale già con deliberazione n. 462 di data 18 aprile 1985 ha autorizzato l'acquisto della III<sup>a</sup> edizione del volume "Manuale dell'Amministratore comunale nella Regione Trentino-Alto Adige" degli autori dott. Mario Manara e dott. Silvio Pace, edito dalla ditta I.C.A. S.p.A. di Trento.

Le 5.000 copie del manuale in lingua italiana e le 2.500 copie nelle lingue italiana e tedesca sono state fornite rispettivamente in data 11 settembre ed in data 31 ottobre 1985 all'Ufficio elettorale della Regione, il quale ha provveduto senza indugi alla loro distribuzione a tutti i Comuni della Regione per la consegna ai singoli Consiglieri comunali.

Distintamente.





**CONSIGLIO REGIONALE DEL TRENINO - ALTO ADIGE**  
**REGIONALRAT TRENTINO - SÜDTIROL**

9. Gesetzgebungsperiode - 1985

Trient, 21. November 1985

Prot. Nr. 874 Reg. Rat

vom 26.11.1985

REGION TRENTINO-SÜDTIROL

Der Assessor für  
örtliche Körperschaften  
und Wahldienste

- - -

Prot.Nr. EL/XIII/26580

- - -

Herrn  
Dr. Alexander Langer  
Regionalratsabgeordneter  
39100 BOZEN

Herrn  
Arnold Tribus  
Regionalratsabgeordneter  
39100 BOZEN

Herrn  
Roberto Franceschini  
Regionalratsabgeordneter  
Fraktion Grüne Liste  
38100 TRIENT

und zur Kenntnis

Herrn  
Dr. Guido Sembenotti  
Präsident des Regionalrats  
38100 TRIENT

Betrifft: Beantwortung der Anfrage Nr. 59/IX.GP - 1985

Mit Bezug auf die von Ihnen am 14. November 1985 vorgelegte Anfrage kann ich Ihnen mitteilen, daß der Regionalausschuß bereits mit Beschluß Nr. 462 vom 18. April 1985 die Ermächtigung zum Ankauf der III. Ausgabe des Bandes: "Handbuch für die Gemeinderäte in der Region Trentino-Südtirol" der Autoren Dr. Mario Manara und Dr. Silvio Pace, herausgegeben von der Firma I.C.A. AG von Trient, gegeben hat.

Die 5000 Exemplare des Handbuches in italienischer Sprache und die 2500 Exemplare in italienischer und deutscher Sprache sind am 11. September bzw. am 31. Oktober 1985 an das Wahlamt der Region geliefert worden. Letzteres hat sofort die Verteilung an alle Gemeinden der Region zwecks Aushändigung an die einzelnen Gemeinderatsmitglieder veranlaßt.

Mit den besten Grüßen

- Dr. Antonio a Beccara -